

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Marcus Wenig (Hrsg.)

**Möglichkeiten einer
engeren Zusammenarbeit
in Europa am Beispiel
Deutschland - Slowakei**

**Discussion
Paper**

**C 55
1999**

Dokumentation der Bratislavaer Europa-Konferenz "Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland – Slowakei" vom 23. und 24. September 1999 unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Slowakischen Republik, des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und des Oberbürgermeisters der Stadt Bratislava.

Am 23. und 24. September 1999 veranstalteten das Europahaus Bratislava, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Slowakischen Republik und die Wirtschaftsuniversität in Bratislava in Zusammenarbeit mit dem ZEI eine Konferenz, um die Möglichkeiten einer engeren Kooperation zwischen Deutschland und der Slowakei unter dem Dach Europas aufzuzeigen und konkrete Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit zu erstellen. Neben zwei Plenarversammlungen fanden sechs Arbeitskreise mit Spezialisten beider Länder statt.

Inhalt

| | |
|--|----|
| <i>Marcus Wenig</i> Einführung..... | 5 |
| <i>Mikuláš Dzurinda</i> Deutschland - strategischer Partner der Slowakei..... | 7 |
| <i>Wolfgang Ischinger</i> Die deutsch-slowakischen Beziehungen 1999 - ein Aufbruch..... | 11 |
| <i>Juraj Stern</i> Die Slowakei in einem sich vereinigenden Europa..... | 17 |
| <i>Ludger Buerstedde</i> Die Slowakei und Deutschland - Partner in einer gemeinsamen europäischen Zukunft..... | 21 |
| <i>Peter Beòuška</i> Bürgerliche Demokratie und ihre Aufgabe im Prozeß der europäischen Integration..... | 25 |
| Deutsch-slowakische Arbeitskreise: Analysen und Folgerungen | |
| <i>Ivo Samson / Marcus Wenig</i> Politik und Europäische Integration..... | 27 |
| <i>Heinrich Machowski / Eduard Žitòanský</i> Wirtschaft und Investitionen..... | 33 |

Inhalt

| | |
|--|----|
| <i>Juraj Alner / Susanne Bangha</i> Medien..... | 37 |
| <i>Elena Kohútiková / Herbert G. Pfeiffer</i> Finanzen und Bankwesen..... | 41 |
| <i>Marián Minaroviè / Wilhelm Kulke</i> Öffentliche Verwaltung und Umwelt..... | 45 |
| <i>Cornelius Ochmann / Ol'ga Šubeníková</i> Kultur, Bildung und Wissenschaft..... | 51 |
| Autorenverzeichnis..... | 59 |
| Anhang..... | 61 |

Marcus Wenig

Einführung

Fast auf den Tag genau ein Jahr nach den richtungweisenden Parlamentswahlen in der Slowakei veranstalteten das Europahaus Bratislava, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Slowakischen Republik und die Wirtschaftsuniversität in Bratislava in Fortsetzung der slowakisch-österreichischen Tagung des Vorjahres am 23. und 24. September 1999 in der slowakischen Hauptstadt die Zweite Bratislavaer Europa-Konferenz.

Unter dem Titel „Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei“ trafen sich führende deutsche und slowakische Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um die Fortschritte der Slowakei im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Transformationsprozeß zu bewerten und Vorschläge für eine engere Kooperation der beiden Staaten unter dem Dach Europas auszuarbeiten. Hierzu wurden im Anschluß an die Eröffnungsansprachen sechs themenspezifische Arbeitskreise gebildet, die sich mit Fragen aus den Bereichen Politik und Europäische Integration, Wirtschaft und Investitionen, Medien, Finanzen und Bankwesen, Öffentliche Verwaltung und Umwelt sowie Kultur, Bildung und Wissenschaft befaßten. Die in diesen Arbeitskreisen vorgenommene Analyse der slowakischen Transformations- und Integrationsmaßnahmen sowie die herausgearbeiteten Vorschläge für eine zukünftige engere Zusammenarbeit Deutschlands und der Slowakei wurden von den Berichterstattern in Ergebnisprotokollen festgehalten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Slowakei seit dem Amtsantritt der neuen Regierung im Herbst letzten Jahres in allen

Bereichen erfolgversprechende Schritte zur Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie zur Integration des Landes in die westeuropäischen und transatlantischen Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen unternommen hat. Die seinerzeit von der Europäischen Union kritisierten Defizite im politischen Bereich konnten durch konkrete Maßnahmen der Koalitionsregierung beseitigt werden. Auch in dem aufgrund der schwierigen Ausgangslage langfristig angelegten wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß konnten durch die Implementierung zukunftsorientierter Strategien bereits erste Erfolge verbucht werden. Die Slowakei hat in den letzten zehn Monaten eindeutige Signale ihrer Zugehörigkeit zur europäischen Völkerfamilie nach Brüssel gesandt. Daher ist zu hoffen, daß diese für die Bürger häufig mit wirtschaftlichen Einschränkungen verbundenen Maßnahmen der Regierung zur Übernahme des *acquis communautaire* den Weg zu einem Beschluß auf dem anstehenden Treffen des Europäischen Rates in Helsinki zur Aufnahme direkter Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei ebnet. Eine solche Entscheidung wäre ein bedeutendes Signal, daß die Slowakei als historisches und kulturelles Kernland Europas ihren angestammten Platz in einem vereinten Europa recht bald wieder einnehmen können.

Mikuláš Dzurinda

Deutschland – strategischer Partner der Slowakei

Die Konferenz „Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei“ hat eine weitreichende Bedeutung, nicht nur aus der Sicht der sich transformierenden slowakischen Wirtschaft, sondern auch deswegen, weil sie zur Bildung des Gefühls der europäischen Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit beiträgt. Die Bedeutung dieses Treffens ist um so größer, als sein Thema die Zusammenarbeit der Slowakischen Republik mit Deutschland, unserem strategischen Partner, ist.

Die Regierung der Slowakischen Republik deklarierte von Anfang an die euroatlantische Integration als ihre außenpolitische Priorität. Der feste Integrationskurs der slowakischen Regierung findet die volle Unterstützung aller Koalitionsparteien und äußert sich im konzentrierten Bemühen, die kurzfristigen und mittelfristigen Prioritäten zu erfüllen, die aus der Partnerschaft für den Beitritt hervorgehen. Die auf die Integration der Slowakischen Republik in die Europäische Union orientierte Außenpolitik der Regierung findet zudem die eindeutige Unterstützung der Bevölkerung. Die Slowakei nutzt die Zeit bis zum Gipfeltreffen in Helsinki für einen spürbaren Fortschritt in allen Bereichen der Vor-Beitrittsstrategie, so daß es bei der Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten auf dem Gipfeltreffen in Helsinki im Dezember keinen Zweifel über die Eingliederung der Slowakei in die Gruppe der verhandelnden Länder geben wird. Wir gehen dabei von den Beschlüssen des Luxemburger Gipfeltreffens der EU aus, welche die Erweiterung der Union als einen komplexen, inklusiven und kontinuierlichen Prozeß definieren, der sich in Etappen verwirklicht, wobei jedes Kandidatenland mit seinem eigenen, von der Stufe der Vorbereitung abhängigen, Tempo vorrücken wird. Das

strategische Ziel der Regierung ist der EU-Beitritt der Slowakischen Republik gemeinsam mit der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen. Wir sind überzeugt, daß die Slowakei bereits nach dem Helsinki-Gipfeltreffen in der ersten Gruppe der Kandidatenländer sein wird, denn nach der Beseitigung der Mängel, die uns vorgeworfen worden waren, sind wir von der Vergleichbarkeit der Slowakei mit anderen assoziierten Ländern Mitteleuropas überzeugt. Mit großer Freude darf ich feststellen, daß wir in dieser Entwicklung Deutschland als unseren festen Verbündeten und Anwalt wahrnehmen. Gerade die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 wurde zum Beginn des weiteren europäischen Integrationsprozesses, und die Bundesrepublik Deutschland setzt diesen Kurs weiterhin fort. Deutschland ist die treibende Kraft der Erweiterung der Europäischen Union und die Länder unserer Region spüren seine volle Unterstützung. Die Sympathien, die Deutschland unseren Ambitionen, baldmöglichst Mitglied der EU zu werden, entgegenbringt, erfüllen uns mit Optimismus und Hoffnung auf das bevorstehende EU-Gipfeltreffen in Helsinki. Erlauben Sie mir, diese Gelegenheit zu nutzen, und Sie um die Unterstützung bei diesem unserem Bemühen zu bitten.

Die Slowakische Republik will sich als künftiges EU- und NATO-Mitglied an der Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur beteiligen. Wir begrüßen die Entscheidung der Nordatlantischen Allianz, spätestens 2002 den Erweiterungsprozeß neu zu bewerten, und wir hoffen, daß die Slowakei bald Mitglied dieser für uns strategisch wichtigen Organisation sein wird.

Die Slowakische Republik möchte im Einklang mit der Programmklärung der Regierung im nächsten Jahr der OECD beitreten. Auch in dieser Richtung empfinden wir gegenüber Deutschland Dankbarkeit für die sehr positive Stellungnahme zur Erweiterung dieser Organisation.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte Handelspartner der Slowakei. Außerdem ist Deutschland der größte ausländische Investor in unserem Land, und deutsche Firmen etablieren sich im slowakischen

Wirtschaftsraum hervorragend. Ein Beispiel hierfür sind die Ergebnisse solcher Unternehmen wie Volkswagen, Siemens und Hoechst.

Das strategische Vorhaben der Regierung der Slowakischen Republik ist es, sich den ausländischen Investitionen zu öffnen und angemessene administrative und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dieses Vorhaben wird nicht nur als Instrument zur Überwindung von vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten betrachtet, sondern auch als Mittel zur Bildung von gegenseitigen Verbindungen und zur Schaffung engerer Kontakte. Das Regierungsprogramm der Slowakischen Republik bietet neben der vollen Eingliederung in den europäischen Wirtschaftsraum auch eine weitere Lösung an: Hierbei geht es um die aktive Suche und Herstellung von Bedingungen für das Engagement ausländischer Investoren in der slowakischen Wirtschaft. Beim Bestreben, die Aufmerksamkeit auf die Slowakei zu richten, entstand das Projekt „Strategie der Unterstützung ausländischer Investitionen in der Slowakischen Republik“. Wir erwarten, daß mit dem Zufluß ausländischen Kapitals auch neue Technologien übertragen sowie die Konkurrenzfähigkeit erhöht wird. Daneben hat der Zufluß von ausländischen Investitionen einen günstigen Einfluß auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung der Infrastruktur in der Region.

Der Anreiz für die ausländischen Investoren ist das große intellektuelle Potential, das die Slowakei bietet und das ein Schlüsselfaktor für eine dauerhafte Wirtschaftsentwicklung ist. Die ausländischen Investoren gewinnen also einen Konkurrenzvorteil dank des intellektuellen Potentials der slowakischen Spezialisten. Eine große Bedeutung für die Investoren hat auch die geostrategische Lage der Slowakei, die sich in der Mitte des neuen Europas befindet. Zu den strategischen Bereichen des Engagements der ausländischen Investoren gehören der Maschinenbau - hierbei vor allem die Automobilindustrie -, die Telekommunikation, der Autobahnausbau, die Metallurgie, die Energiewirtschaft, die Elektronik und die Informationstechnologien. Die Regierung der Slowakischen Republik war und wird ein zuverlässiger Partner für deutsche Investoren sein. Unsere Tür ist für alle offen, die Interesse an Wirtschaftsaktivitäten

in der Slowakei haben. Ich bin überzeugt, daß dieses Angebot genutzt werden wird. All das, was ich hier anführte, nimmt jedoch Gestalt und Perspektive nur im Kontext mit unserem Integrationsbestreben an.

Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Veranstaltung ihr Ziel erreichen wird, die Slowakei im wahren Licht darzustellen, also als ein Land, das auf seine rechtmäßige Position schnell zurückkehrt - auf den Platz der Länder, mit denen im neuen Europa gerechnet wird, das in das entwickelte Europa mit vollem Recht gehört und das Europa etwas anzubieten hat. Ich möchte gleichzeitig Deutschland meinen Dank aussprechen für die Unterstützung der Integrationsbemühungen unseres Landes, die eine direkte Politik mit der klar erkennbaren Richtung in das gemeinsame Haus Europa darstellen. Ich bin überzeugt, daß auch diese Veranstaltung ein deutlicher Beweis der außenpolitischen Orientierung der Slowakischen Republik und ein weiterer Ausdruck der Ernsthaftigkeit ihres erklärten Ziels ist - der vollen Integration der Slowakei in die europäischen und transatlantischen Strukturen.

Wolfgang Ischinger

Die deutsch-slowakischen Beziehungen 1999 - ein Aufbruch

Es ist mir eine Freude, heute diese erste deutsch-slowakische Konferenz über die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zu eröffnen. Ich möchte Veranstaltern und Sponsoren der Tagung, Unternehmen, Stiftungen, den Vertretern aus Politik und Wissenschaft, meinen Dank sagen. Der Zeitpunkt ist gut gewählt. Ein Jahr nach den wegweisenden slowakischen Parlamentswahlen vom September 1998 bietet sich heute die Möglichkeit für eine neue Standortbestimmung in den deutsch-slowakischen Beziehungen: Wo stehen wir in der Europäischen Union? Wie ist der Stand der bilateralen, der wirtschaftlichen Kooperation? Wie sieht die politische Zusammenarbeit aus, auch bei der Stabilisierung des Friedens auf dem Balkan? Am 16. September besuchte Bundespräsident Rau die Slowakei. Damit setzte er ein deutliches Zeichen für den Wunsch der Deutschen nach einer engen und freundschaftlichen Nachbarschaft mit den Slowaken. Seit 1993 pflegen wir gute und partnerschaftliche Beziehungen. Deutsche und Slowaken blicken auf viele Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte zurück. Zu unserem guten Verhältnis trägt auch bei, daß die Karpatendeutschen in der Slowakei als Minderheit in ihren Rechten anerkannt sind.

Die Slowakei hat im Laufe der letzten zwölf Monate wichtige Etappen des demokratischen Wandels erreicht und bewältigt. Die Bundesregierung unterstützt diese slowakische Reformpolitik nachdrücklich. Bei den Wahlen im September 1998 und erneut bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1999 haben die slowakischen Wähler sich ohne Wenn und Aber zur

Demokratie, zu wirtschaftlichen Reformen, zur europäischen Integration, zur konstruktiven Zusammenarbeit mit den Partnern in Europa bekannt. Wir begrüßen insbesondere das Minderheitenssprachengesetz. Damit erfüllt die Slowakei nunmehr wichtige internationale Verpflichtungen zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten.

Nicht nur politisch, auch wirtschaftlich mußte die neue slowakische Regierung ein schweres Erbe antreten. Das Verharren in alten wirtschaftspolitischen Rezepten hatte zu großen Defiziten im Außenhandel und im Haushalt sowie zu Versäumnissen bei der Privatisierung geführt. Dagegen strebte die neue slowakische Regierung von Anfang an nach wirtschaftlicher und finanzieller Konsolidierung. Mir scheint, daß hier ohne Scheu vor einschneidenden und mitunter unpopulären Entscheidungen der richtige Kurs eingeschlagen worden ist: Sparpaket, steuerliche Investitionsanreize, transparenterer Privatisierungsprozeß. Mit diesen Maßnahmen hat die Slowakei auch die Weichen für die makroökonomische Entwicklung in die richtige Richtung gestellt.

Durch diese Neuorientierung ist die Slowakei näher an Deutschland und die Europäische Union herangerückt. Unsere bilateralen Beziehungen haben sich intensiviert. Hier sind zwei Partner dabei, in allen wichtigen Bereichen Politik gemeinsam zu gestalten. Worum geht es dabei? Ich nenne drei Handlungsfelder:

An erster Stelle steht die Erweiterung der Europäischen Union, damit auch der künftige Beitritt der Slowakei zur Europäischen Union. Westeuropa verdankt dem europäischen Einigungsprozeß eine historisch beispiellose Epoche des Friedens und der Stabilität, von Demokratie und Wohlstand. Wir wollen, daß dieser Einigungsprozeß auch das östliche Mitteleuropa und Südosteuropa umfaßt. Deutschland definiert sich daher als Anwalt einer zügigen Erweiterungspolitik der EU. Wir wünschen uns, daß die Slowakei ihren ermutigenden Weg fortsetzt und bald die Voraussetzungen für ihren Beitritt schafft. Mir ist bewußt, daß die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU für die slowakische Regierung oberste außenpolitische Priorität hat. Ich möchte Ihnen versichern, daß dies und die folgenden Schritte hin zum EU-Beitritt das

wichtigste Projekt unserer bilateralen Beziehungen bilden. Die Slowakei kann auf dem Weg nach Helsinki auf uns zählen.

In Kürze wird die Europäische Kommission zu allen Kandidatenländern ihre Fortschrittsberichte vorlegen. Ich bin überzeugt, daß die Reformfortschritte der Slowakei von der Kommission positiv gewürdigt werden. Nicht zu unterschätzen ist allerdings der Stellenwert, der der Frage der nuklearen Sicherheit eingeräumt wird, zumal der Europäische Rat in Köln die Bedeutung hoher Sicherheitsstandards im Nuklearbereich betont hat. Die von der slowakischen Regierung jetzt angekündigte Entwicklung zur Stilllegung der sicherheitsgefährdeten Reaktoren sollte deshalb alsbald umgesetzt werden.

An zweiter Stelle geht es um die Herausforderungen, denen sich Europa an der Zeitenwende zum 3. Jahrtausend gegenüber sieht. Mit einer nur national definierten Außen- und Sicherheitspolitik können wir im Zeitalter der Globalisierung und grenzüberschreitender Probleme die Interessen unserer Bürger nicht hinreichend wahren. Die EU braucht deshalb eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig werden. Wir wollen deshalb die Beitrittskandidaten schon vor ihrer Mitgliedschaft schrittweise in die Strukturen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einbeziehen.

Insbesondere in der Region des Westlichen Balkan ist die EU gefordert. Hier muß sie ihre Fähigkeit zur Umsetzung einer kohärenten Außenpolitik unter Beweis stellen. Noch ist der Frieden dort nicht endgültig gesichert: weder in Bosnien noch im Kosovo. Auch in dieser Region brauchen wir Demokratie, brauchen wir regionale Zusammenarbeit, brauchen wir Abrüstung und Vertrauensbildung. Die EU hat mit der Initiative zu einem Stabilitätspakt, der auf eine langfristige Stabilisierung in Südosteuropa abzielt und dafür die ökonomischen und strukturellen Voraussetzungen verbessern will, einen wichtigen Impuls gegeben.

Einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur friedlichen Einigung Europas leistet die NATO. Über die Aufnahme neuer Mitglieder, über die Partnerschaft für den Frieden, den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat, der Rußland mit einbezieht, und durch eine Vielzahl

von Programmen konnte in Mittel- und Osteuropa ein Klima der Transparenz, des Vertrauens und der Zusammenarbeit gefördert werden.

Die slowakische Unterstützung der NATO-Luftoperationen im Kosovo hat gezeigt, daß die Slowakei auch für das Bündnis ein verlässlicher Partner ist. Heute leisten slowakische Soldaten gemeinsam mit Verbänden aus NATO-Staaten, aber auch mit russischen Truppen, Friedensdienst im Kosovo. Hier zeigt sich, wie weit wir auf dem Weg zu einer kooperativen Sicherheitsarchitektur in Europa bereits vorangekommen sind. Der NATO-Gipfel von Washington in diesem Jahr hat die Bereitschaft der Allianz, weitere Staaten aufzunehmen, bekräftigt. Wir sehen die Slowakei auf gutem Weg. Ihre intensive Mitarbeit bei der Partnerschaft für den Frieden und im Rahmen des neu geschaffenen Membership Action Plan (MAP) ist erfreulich. Auch im Rahmen der OSZE ist die Slowakei aktiv. Mit Jan Kubis, dem neuen Generalsekretär der OSZE, stellt ihr Land einen erfahrenen Diplomaten für diese Schlüsselposition.

Seit dem Regierungswechsel in der Slowakei haben sich die Beziehungen zu den Nachbarn, vor allem zu Ungarn und zur Tschechischen Republik, weiter verbessert. Diese aktive Nachbarschaftspolitik, auch durch die Wiederbelebung der Visegrad-Zusammenarbeit, verdient großen Respekt. Sie ist ein Dienst an Europa!

Als drittes großes Feld in unserem Verhältnis nenne ich die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften müssen eine Chance erhalten, an der weltweiten Kommunikation einer globalisierten Welt und dynamischen Unternehmenskultur voll beteiligt zu sein. Der internationale Wettbewerb fordert ein wachsendes Maß an Flexibilität und Transparenz. Unter den westlichen Partnern spielt die OECD, die Vereinigung der knapp 30 wichtigsten Industrieländer der Welt, eine wichtige Rolle. Die Slowakei hatte 1994 ihren Beitrittsantrag gestellt, doch ergaben sich aufgrund der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre Verzögerungen. Wir unterstützen die Slowakei dabei, das Verfahren jetzt wieder zu beschleunigen. Ich denke, daß der Beitritt der Slowakischen Republik zur OECD in Bälde möglich sein wird.

Unsere bilateralen Wirtschaftsbeziehungen liegen klar im Aufwärtstrend. Deutschland ist größter Handelspartner der Slowakei. Für die deutschen Exporteure und Importeure hat die Slowakei in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen. 1998 stieg der Warenumsatz zwischen unseren Ländern um rund 40%. Die Stabilisierungsbemühungen der slowakischen Regierung zeigen jetzt Wirkung: der Export aus der Slowakei wächst schneller als der Import. Das ist gut so.

Die deutsche Wirtschaft hat sich auch mit Investitionen in der Slowakei engagiert. Die Namen VW, Siemens, Degussa, Hoechst seien hier stellvertretend für viele andere, vor allem auch mittelständische deutsche Unternehmen genannt. Allerdings: das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen in der slowakischen Republik ist aus unserer Sicht noch nicht ausreichend, um der slowakischen Wirtschaft bei der Transformation und Innovation nachhaltig und langfristig zu helfen. Hier bedarf es eines neuen Schubes, einer neuen Dynamik. Wir begrüßen deshalb die Anstrengungen der slowakischen Regierung, die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen zu verbessern. Das von der slowakischen Regierung vorgelegte Strategieprogramm zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er wird - dessen bin ich mir sicher - von der deutschen Wirtschaft aufmerksam verfolgt. Daß die deutsche Sprache in der Slowakei gerne erlernt und gesprochen wird, schadet dabei übrigens nichts!

Lassen Sie mich zusammenfassen:

1. Die Slowakei hat in den letzten zwölf Monaten einen Reformruck vollzogen, politisch wie wirtschaftlich, den die Bundesregierung ausdrücklich begrüßt und unterstützt.
2. Die bilateralen Beziehungen haben von diesem Reformruck profitiert. Unsere politischen Beziehungen sind ausgezeichnet, im wirtschaftlichen Bereich machen wir Fortschritte.
3. Die Slowakei ist dabei, sich in die laufenden Integrationsprozesse in der EU und der NATO "einzuklinken". Sie wird dabei durch die Bundesregierung nachdrücklich unterstützt.

4. Unsere Vision ist klar, sie ist eine gemeinsame: Deutschland und die Slowakei als Nachbarn und Partner, vereint in der Mitgliedschaft in der EU, vereint in dem Ziel eines stabilen, friedlichen, demokratischen, prosperierenden und ungeteilten Europa.

Juraj Stern

Die Slowakei in einem sich vereinigenden Europa

Den Menschen mit einer offenen und demokratischen Denkweise steht die Idee des vereinigten Europas sehr nahe. Wie wir wissen, stand zu Beginn der Geburt der europäischen Völkergemeinschaft, deren unmittelbarer Nachbar und, wie wir hoffen, auch zukünftiges Mitglied die Slowakei ist, nicht der Gedanke des wirtschaftlichen Gewinns für einige Stärkere, sondern das Bemühen um die Verhinderung weiterer Katastrophen und die Schaffung eines ruhigen und stabilen Europas, eines Europas der Prosperität. Als ernsthafte Warnung muß der Ausschluß der Slowakei aus der Gruppe der ersten zukünftigen Mitglieder gewertet werden, wie es der EU-Gipfel von Luxemburg entschied. Wir haben Ende dieses Jahres in Helsinki eine erneute Chance. Ich glaube fest daran, daß wir diese erfolgreich nutzen. Dazu soll auch diese Konferenz beitragen, dies ist eines der Ziele ihrer Organisatoren.

Die Slowakei befindet sich nicht im Zustand wirtschaftlicher Prosperität, die Wirtschaft befindet sich eher in einer Krise. Auch im vergangenen Zeitraum war das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nicht das Zeichen einer vollkommenen Belebung. Das jetzt erwartete Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bestätigt diese Behauptungen. Die Restrukturierung der Wirtschaft und das Erreichen einer besseren Koordination zwischen der Währungs- und der Fiskalpolitik sind unumgängliche Bedingungen für die Beibehaltung eines Wachstums. Die Slowakei tritt in die Phase ein, in der gute und ausgewogene Konzeptionen am wichtigsten sind. Für den guten Namen des Landes ist es notwendig, daß das Ausland diese

Signale intensiv wahrnimmt. Viele Schritte sollten nach Meinung mehrerer Fachleute bereits bedeutend früher und bedeutend deutlicher getan werden.

Die Unumgänglichkeit der Integration wird gerade in Ländern mit einer kleinen Wirtschaft sehr intensiv empfunden. Zu diesen Ländern gehört ohne Zweifel auch die Slowakische Republik. Die Beteiligung unserer Wirtschaft an der Entwicklung der Integrationsbeziehungen durch ihre vollwertige Mitgliedschaft in der EU bietet zweifellos eine ganze Reihe von Vorteilen. Natürlich sind mit dem Eintritt in die EU auch mehrere Probleme und Nachteile verbunden. Auf der Grundlage der Erfahrungen kleinerer Wirtschaftsstaaten, die bereits in die EU integriert sind, kann festgestellt werden, daß die Nachteile für gewöhnlich einen zeitlich begrenzten, kurzfristigen Charakter haben. Die Vorteile der Integration dagegen sind groß, umfangreich und langfristig. Wir können sie im Bereich des freien Handels, der Effektivität des gemeinsamen Marktes, der Vorteile der Währungsunion finden, vor allem aber sind es die Vorteile, die aus der Schaffung eines neuen europäischen Bewußtseins der Bürger hervorgehen.

Das Gebiet der Slowakei war während der langen historischen Entwicklung ein Gebiet, auf dem sich mehrere europäische Kulturen trafen und gegenseitig beeinflußten. Die Slowakei muß nicht ihre Europazugehörigkeit nachweisen, da hier immer gemeinsam die Angehörigen vieler mitteleuropäischer Völker unter der Bewahrung der gegenseitigen Toleranz lebten. Hier wirkten hervorragende europäische Persönlichkeiten, und gebürtige Slowaken beeinflussten schöpferisch die Entwicklung in anderen europäischen Zentren. Das pulsierende Schicksal Mitteleuropas zu Ende dieses Jahrhunderts ist primär in der Frage des Kommens und Gehens der totalitären Macht, des Kommens und Gehens der Freiheit konzentriert.

Aus geographischer Sicht, sowie auch aus historischer Sicht, gibt es nur ein Mitteleuropa, allerdings hat das 20. Jahrhundert daraus zwei gemacht. Der westliche Teil erlebte die Ablösung der Freiheit durch die Unfreiheit einmal, der östliche Teil zweimal. Deshalb ist die Schaffung der geistigen

und kulturellen Einheit von Mitteleuropa sehr beschwerlich, sie wird immer von der Last der unzureichend entwickelten bürgerlichen Gesellschaft im anderen, mehr betroffenen östlichen Teil beeinflusst.

Aber dennoch ist in der Slowakei in den neunziger Jahren einiges geschehen. Die Kultur der Freiheit und der Demokratie wird zwar vorsichtig und zögernd, jedoch unaufhaltsam aufgenommen. Der Raum der bürgerlichen Gesellschaft erweitert sich in der Slowakei ständig. Das Bemühen um die Integration in Europa ist in der Slowakei sehr deutlich spürbar. Es wird nicht als Diskussion geführt, sondern als Kampf um das weitere Schicksal des Landes. Gegenüber Menschen, die nicht an die Freiheit glauben und einen neuen Herrscher suchen, steht heute bereits der Großteil der Bürger und ihr Interesse an einer lebensfähigen Demokratie in ihrem erst vor kurzem entstandenen Staat.

Die slowakische Gesellschaft schreitet heute vor allem dank der Bildung voran, die nicht nur als traditionelle Weitergabe von Erkenntnissen, sondern auch als Erneuerung gesellschaftlicher Werte wie Fleiß, Toleranz und Wahrheitsliebe verstanden wird. Eine Bildung, die Sprach- und Kommunikationsbarrieren überwindet, schafft außergewöhnlich starke Voraussetzungen für das gegenseitige Verständnis und zur Zusammengehörigkeit. Ein gebildetes Europa, ein erkennendes und bekanntes Europa, ist eine große Hoffnung für den Anfang des neuen Jahrhunderts. Es ist die Hoffnung auf einen sicheren und prosperierenden Raum, auf ein friedliches Europa.

Den meisten von uns ist es mehr oder weniger bewußt, daß der Weg nach Europa für die Slowakei vor allem über Deutschland führt, und das nicht nur deshalb, weil Deutschland wirtschaftlich am weitesten entwickelt ist, sondern vor allem deshalb, weil zwischen der Slowakei und Deutschland langfristige historische und kulturelle Bindungen bestehen. Ich erwähne hier nur die deutsche Kolonisierung der Slowakei im Mittelalter, vor allem in den Bergbauregionen, oder die Reisen und Studien unserer Gelehrten und der damaligen slowakischen Elite zu Beginn der Zeit des Protestantismus an deutschen Universitäten. Nicht zu übersehen ist auch

die Tatsache, daß bis zur Gründung der Tschechoslowakischen Republik unsere Städte unter starkem Einfluß der deutschen Kultur standen.

Im Nachkriegseuropa war es nicht leicht Europäer zu sein, und dies ist auch heute nicht einfach. Wir sind leider nicht nur Zeugen der Geburt eines neuen Europas, sondern wir lernen heute auch die vernichtende Kraft des nationalen Wahnsinns auf dem Balkan kennen. Das Gleichgewicht ist labil. Wir haben Zonen der Ruhe, aber auch der Gewalt. Europa setzt sich leider auch aus Regionen zusammen, die noch den Weg zueinander finden müssen; Europa wird wahrscheinlich ein wenig anders sein, als es in Maastricht geplant wurde.

Ludger Buerstedde

Die Slowakei und Deutschland - Partner in einer gemeinsamen europäischen Zukunft

Die Konferenz „Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland – Slowakei“ hat sich zum Ziel gesetzt, in der Slowakei, in Deutschland, in der Europäischen Union, in allen Bereichen den Beitrittsprozeß zu fördern.

Wir sind überzeugt, daß es 10 Jahre nach dem Fall der Mauer die einmalige Chance gibt, die europäische Einigung schrittweise zu vervollkommen. Wir haben die historische Verantwortung, diese Chance zu nutzen. Sie bringt Vorteile für alle Beteiligten: Demokratie, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Sie ermöglicht die gleichberechtigte Gestaltung der Zukunft; gemeinsam können wir einen Beitrag in der Welt auch zur Bewältigung globaler Krisen leisten; die vielfältige, reiche Kultur in Europa könnte wieder ein Leuchtturm in der Welt werden.

Der Weg ist nicht einfach aber lohnend. Die Union muß erweiterungsbereit werden. Eine wichtige Weiche dafür war die Verabschiedung der Agenda 2000 unter deutscher Präsidentschaft. Die Hauptverantwortung liegt allerdings bei den Beitrittskandidaten. Sie müssen die kommunistische Hinterlassenschaft aufarbeiten und enorme Reformen durchsetzen, die zeitweise mit hohen sozialen Kosten verbunden sind. Das braucht Perspektive, Transparenz, Mut und langen Atem. Wir Deutschen wissen das aus eigener Erfahrung in Ostdeutschland. Um so mehr erkennen wir die bedeutsamen Reformschritte in der Slowakei an, insbesondere in den letzten Monaten.

Ihre Erwartung, bald zu Beitrittsverhandlungen eingeladen zu werden, ist daher verständlich.

Zu bedenken ist, daß die EU-Erweiterung der Zustimmung aller beteiligten Völker bedarf, also auch derjenigen, die jetzt schon Mitglieder der Union sind. Da gibt es keineswegs nur Enthusiasmus, sondern auch Ängste und Sorgen, z.B. wegen der Freizügigkeit oder der Sicherheit der Kernkraftwerke. Solche Ängste und Sorgen gibt es auch bei den Kandidaten, z.B. wegen der Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft oder des freien Erwerbs von Grund und Boden. Das muß präzise erarbeitet werden, damit die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen auf beiden Seiten beherrscht werden.

Es gilt also, die Öffentlichkeit eingehend zu informieren und zu überzeugen, daß die Vorteile die Nachteile weit übersteigen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Politiker und Regierungen, sondern auch der Medien. Ich habe den Eindruck, in beiden Ländern ist da noch viel Handlungsbedarf.

Deshalb bin ich sehr erfreut, daß an dieser Tagung über 50 Persönlichkeiten aus Deutschland aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur teilnehmen und damit einen direkten Eindruck von der Slowakei bekommen. Ende Juni fand bereits eine Konferenz der Nichtregierungsorganisationen in Bonn statt, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit der breiten Zivilgesellschaft. Staatspräsident Schuster hat beim Besuch von Bundespräsident Rau am 16. September 1999 angekündigt, im nächsten Jahr Unternehmer aus Deutschland in die Slowakei einzuladen.

Es gilt zudem, den Integrationsprozeß weiter zu intensivieren. Dabei sollte uns immer bewußt sein, daß es hierbei nicht allein um Wirtschaft und Geld geht, sondern daß unsere Sicherheit, unsere Werte und Kultur Teile des Ganzen sind.

Ich möchte mit einem persönlichen Bekenntnis schließen. Jeder, der die Slowakei kennt, die Elisabeth-Kirche in Kaschau, die Burg in Trencin,

oder die Altstadt von Preßburg, weiß, dieses Land gehört nicht nur geographisch zu Europa, es ist historisch und kulturell ein Teil Europas.

Auf dem Weg in die Europäische Union hat die Slowakei noch schwere Aufgaben zu bewältigen. Deutschland wird die Slowakische Republik dabei unterstützen.

Peter Beòuška

Bürgerliche Diplomatie und ihre Aufgabe im Prozeß der europäischen Integration

Das Europahaus Bratislava ist eine junge bürgerliche Vereinigung, deren Ziel es ist, zur Verbreitung der gemeinsamen europäischen Werte in der Slowakei und zur Präsentation der Slowakei im Ausland, vor allem in den EU-Staaten, beizutragen. Sie setzt die Ideale einer offenen bürgerlichen Gesellschaft, der Freundschaft und der Zusammenarbeit durch. Sie realisiert langfristige Projekte mit bildendem Charakter, die vor allem auf die junge Generation ausgerichtet sind, sowie auch gelegentliche gesellschaftspolitische Veranstaltungen.

Im vergangenen Jahr haben wir den Zyklus der Bratislavaer Europa-Konferenzen über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit der Slowakischen Republik mit den einzelnen EU-Mitgliedstaaten initiiert. Ihre Hauptaufgabe ist es, auf den Beitrag der bilateralen Beziehungen für den Integrationsprozeß in Europa hinzuweisen und neue Anregungen für die Vertiefung der bisherigen Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die deutsch-slowakische Konferenz findet in der Zeit der Vorbereitungen auf den EU-Gipfel in Helsinki statt, und ich glaube, daß sie auch zur Erfüllung der diesjährigen Ambitionen der Slowakischen Republik beiträgt, in die Gruppe der Staaten vorzudringen, die über den EU-Beitritt verhandeln. Ich setze voraus, daß die Beschlüsse der Arbeitsgruppen Initiativen aus verschiedenen Bereichen des politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens enthalten werden, zum Beispiel auch Anregungen zur Schaffung einer gemeinsamen deutsch-

slowakischen Wirtschaftskammer. Bei der Entwicklung der bilateralen Beziehungen kann von guten Grundlagen ausgegangen werden – erwähnen wir nur die historischen Bergbaustädte Kremnica und Banska Stiavnica in der Mittelslowakei, oder die Besiedlung des Gebietes der Zips vor 700 Jahren.

Die Slowakei sandte im vergangenen Jahr bereits viele deutliche Signale über die Richtung ihrer zukünftigen Entwicklung aus. Die Medialisierung der Ergebnisse dieser Konferenz soll auch bei der Schaffung eines europäischen Bewußtseins helfen, sie soll die Bildung der öffentlichen Meinung über die aktuelle Situation in der Slowakischen Republik in beiden beteiligten Ländern beeinflussen und die Bürger informieren.

Der Wunsch des Europahauses ist es, nachzuweisen, daß die bürgerliche Diplomatie, die Knüpfung von persönlichen Kontakten auf allen Ebenen, eine der Voraussetzungen und der Motoren der europäischen Integration ist. Ich bin überzeugt, daß die mehr als 250 Teilnehmer dieser Konferenz, bei der wir die Ehre haben, die bisher stärkste deutsche Delegation in der Slowakei seit der Gründung der Slowakischen Republik zu begrüßen, aus Bratislava nicht nur angenehme Erinnerungen an die Stadt und ihre Einwohner mitnehmen, sondern auch die Entschlossenheit, ihre Ziele zu verwirklichen und die bisherige Zusammenarbeit zu vertiefen.

Politik und Europäische Integration

1. Einleitung

Der Arbeitskreis „Politik und Europäische Integration“ beschäftigte sich mit der Position der Slowakei und der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Integrationsprozeß kurz vor dem Helsinki-Gipfel. Hierbei ging es zunächst um eine Bewertung der von der Slowakei bisher durchgeführten Maßnahmen zur Vorbereitung auf eine baldige Integration in die EU. Danach wurden die Themenbereiche herausgearbeitet, in denen die Slowakei noch Nachholbedarf hat. Schließlich wurden die Möglichkeiten analysiert, wie die Bundesrepublik Deutschland den Beitrittsprozeß der Slowakei zusätzlich unterstützen kann und der Frage nachgegangen, welchen Beitrag die Slowakei für die Integration Europas leisten kann. Die von den Staatssekretären des slowakischen und deutschen Außenministeriums Ján Figel' und Wolfgang Ischinger geleitete Diskussion führte zu den nachfolgend aufgeführten Ergebnissen:

2. Die Vorbereitungsmaßnahmen der neuen slowakischen Regierung auf die Integration ihres Landes in die EU

Hinsichtlich der Vorbereitungen der Slowakei auf eine Integration in die EU und NATO wurden in den letzten zehn Monaten nachweisbare Erfolge im außen- und innenpolitischen Bereich erzielt. Nach Ansicht der Teilnehmer hat die Slowakei im Bereich der Außenpolitik wichtige Signale in Richtung Brüssel gesandt. Der neuen slowakischen Regierung

ist es gelungen, den Verdacht zu entkräften, daß die Beziehungen zwischen der Slowakei und der Russischen Föderation intransparent seien. Die von der Slowakei unterhaltenen positiven Beziehungen zur GUS und insbesondere zur Ukraine sollten in einer Art Brückenfunktion fortgesetzt werden, wobei jedoch die angestrebte klare Verankerung der Slowakei in den westlichen Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen maßgebend sein sollte. Außen- und sicherheitspolitisch hat die Slowakei insbesondere während des Kosovo-Konflikts an Profil gewonnen, indem sie als derzeitiger Nichtmitgliedstaat die Operationen der NATO durch die Öffnung des Luftraumes sowie die Zurverfügungstellung des slowakischen Eisenbahnnetzes unterstützt hat. Hierdurch wurden die außenpolitische Transparenz und die Berechenbarkeit der Slowakei unterstrichen. Der Zusammenhang zwischen der Integration in die NATO und in die EU wurde von einigen Diskussionsteilnehmern hervorgehoben.

Die Slowakei hat im Sommer 1999 das bisher angespannte Verhältnis zur ungarischen Minderheit durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Minderheitensprachen grundlegend verbessert. Hiermit erfüllte die Slowakei eine der wichtigsten Bedingungen für den Beginn von direkten EU-Beitrittsverhandlungen. Außerdem verfügt die Regierung über den Vorteil, daß sie dank der von ihr gewählten Form einer großen Koalition auch verfassungsändernde Gesetze zur Übernahme des *acquis* ohne größere Probleme im Parlament beschließen kann.

Die Slowakei hat seit September 1998 glaubwürdige Maßnahmen durchgeführt, um das ihr von der EU vorgehaltene Demokratiedefizit zu beseitigen. Insbesondere wurde die Beteiligung der Opposition in den Parlamentsausschüssen verbessert. Im Bereich der Wirtschaftspolitik hat die Slowakei wichtige Schritte zum Abbau des Außenhandelsdefizits sowie des Haushaltsdefizits eingeleitet, die bereits erste Erfolge verzeichnen. Die trotz negativer Begleitumstände zu Anfang des Jahres 1999 begonnene positive Entwicklung der slowakischen Wirtschaft zeigt sich unter anderem in der Stabilität der slowakischen Währung auf den internationalen Devisenmärkten.

Die Slowakei schaffte zudem die notwendigen institutionellen Voraussetzungen zur Vorbereitung und Unterstützung ihres Integrationsprozesses, indem sie den Ausbau von Institutionen förderte, mit deren Hilfe technische Probleme des EU-Beitritts bewältigt werden können.

Bei den Aufnahmeverhandlungen mit der Slowakei könnte es sich als Vorteil erweisen, daß die Tschechische Republik nach dem Luxemburger Gipfeltreffen in die erste Gruppe der Kandidatenländer aufgenommen wurde, mit denen die EU bereits Beitrittsgespräche führt. Bei dem schwierigen Problem der Übernahme des *acquis communautaire* kann die Slowakei jetzt davon Gebrauch machen, daß aufgrund ihres neuen Gesetzes über die Staatssprache Tschechisch als eine Sprache klassifiziert wird, die die Bedingungen für eine grundsätzliche Verständlichkeit erfüllt. Der hierdurch mögliche Rückgriff auf die in tschechischer Sprache formulierten Dokumente kann die komplizierte und zeitintensive Übernahme des EU-Besitzstandes beschleunigen.

3. Die auf dem Weg zur EU-Integration von der Slowakei noch zu lösenden Probleme

Zu Beginn der Diskussion zu diesem Themenbereich wurde hervorgehoben, daß die EU keine statische Organisation, sondern ein sich kontinuierlich weiterentwickelndes Gemeinwesen mit einem sich immer mehr verdichtenden Normengefüge ist. Aufgrund dieses Prozesses sind die Anforderungen an neue Mitgliedskandidaten bei jeder Erweiterung immer schwieriger zu erfüllen.

Von den Problemkreisen, die sich beim Beitrittsprozeß der Slowakei noch stellen, wurden die Regionalpolitik, das damit verbundene Problem der hohen Arbeitslosigkeit, sowie die Kernenergie und die Asylanträge slowakischer Bürger in einigen EU-Mitgliedstaaten genannt. Von slowakischer Seite wurde betont, daß insbesondere den Bereichen Regionalentwicklung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Zukunft eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Andere Probleme, die oft als Vorwürfe gegenüber der Slowakei angeführt werden, sollte man realistischer ansehen. Dies betreffe vor allem die Kernenergie, aber auch das Problem der Roma. Es wurde abermals betont, daß das Roma-Problem ein gesamteuropäisches Problem sei und die EU-Mitgliedstaaten zur Lösung der Situation dadurch beitragen können, daß sie die Asylpolitik harmonisieren. Die Slowakei befindet sich in einer ähnlichen Situation, wenn sie die Visapolitik gegenüber Ländern, aus denen Kriminalität und Schwarzarbeit nach Mitteleuropa gelangen, überdenken muß. Entgegen einiger Spekulationen werden diese Maßnahmen aber nicht die EU-Kandidatenländer Bulgarien und Rumänien betreffen. Hinsichtlich der Aufhebung der Benešdekrete wurde darauf verwiesen, daß diese Frage am besten in Facharbeitskreisen diskutiert werden soll.

Insgesamt, so die Meinung der Mitglieder des Arbeitskreises, dürfen die Probleme, die sich derzeit der Slowakei stellen, nicht als Vorwand für einen Aufschub des Beginns formeller Beitrittsverhandlungen verwendet werden. Ebenso wenig darf diese Frage an den auf der EU-Seite noch ausstehenden Maßnahmen (institutionelle Reform, Reorganisation der Gemeinsamen Agrarpolitik und der verschiedenen Fonds) scheitern. Den Kandidatenländern, so der einhellige Tenor, darf nicht die Perspektive und Hoffnung auf Mitgliedschaft in einem geeinten Europa genommen werden.

4. Die Rolle der Bundesrepublik beim Prozeß der Integration der Slowakei in die EU

Die Rolle Deutschlands beim Erweiterungsprozeß wurde besonders hervorgehoben. Deutschland spielt in der EU eine Schlüsselrolle und kann der Slowakei sowohl politisch als auch wirtschaftlich Hilfe leisten. Die deutsch-slowakischen Beziehungen wurden als sehr gut bezeichnet. Jedoch sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den doch noch geringen Kenntnisstand über die jeweils andere, insbesondere die slowakische Seite zu heben. In dieser Hinsicht bietet der Tourismus der Slowakei eine große

Chance, wenn die hierfür erforderliche Infrastruktur einmal geschaffen bzw. verbessert worden ist.

5. *Der Beitrag der Slowakei für die Integration Europas*

Der Integrationsbeitrag der Slowakei für Europa ist zweifelsohne positiv zu bewerten. Als mitteleuropäischer Staat im Herzen Europas hat die Slowakei insbesondere eine günstige geographische Position, die in der Vergangenheit von slowakischer Seite zwar oft absolutisiert wurde, die jedoch sowohl für ein Zusammenwachsen Europas als auch für eine Verhinderung neuer Trennlinien an der zukünftigen Ostgrenze einer erweiterten Union wichtig ist. Die Kosten für die Grenzen von Schengen werden bei der Einbeziehung der Slowakei deutlich preiswerter als beim Ausschluß dieses Staates.

6. *Zusammenfassung*

Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß die Slowakei durch die innenpolitische Entwicklung und die bekannten Probleme mit der EU Mitte der 90er Jahre zwar einige Zeit verloren hat, daß aber der Abstand zu den anderen Ländern, die in Luxemburg in die sog. erste Gruppe aufgenommen wurden, nicht zu groß geworden ist. Insbesondere durch die engagierten Maßnahmen der neuen Regierung sind gute Voraussetzungen für eine positive Entscheidung in Helsinki geschaffen worden.

Wirtschaft und Investitionen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Slowakei haben sich in den letzten Jahren spürbar intensiviert. Die Exporte in das jeweilige Partnerland haben 1998 bereits einen Wert von je 6 Mrd. DM erreicht. Deutsche Unternehmen haben bisher ein Fünftel (390 Mio. USD) aller ausländischen Investitionen in der Slowakei getätigt und nehmen gegenwärtig den ersten Platz unter allen ausländischen Investoren ein; das VW-Werk in Bratislava gilt als das Paradebeispiel aller ausländischen Investitionsprojekte im Lande. Vor diesem Hintergrund haben deutsche und slowakische Experten über Ziele und Probleme der slowakischen Wirtschafts- und Investitionspolitik sowie über ausgewählte Aspekte der deutsch-slowakischen Wirtschaftsbeziehungen diskutiert. Der Arbeitskreis „Wirtschaft und Investitionen“ wurde vom stv. Ministerpräsidenten der slowakischen Republik für Wirtschaft Ivan Mikloš und vom Ministerialdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft Wedige von Dewitz geleitet. Der Meinungsaustausch im Arbeitskreis wurde mit dem Ziel geführt, die Position der Slowakei auf dem Weg zur angestrebten EU-Mitgliedschaft zu verbessern.

Die neue slowakische Regierung, nunmehr fast ein Jahr im Amt, ist mit einem wirtschaftspolitischen Neubeginn gestartet. Das wirtschaftliche Wachstum soll auf einem Niveau von 2,5% bis 3% stabilisiert, die Arbeitslosigkeit soll auf 15% und die Inflationsrate unter 10% gehalten werden. Das “Zwillingsdefizit” des Staatshaushalts und der Leistungsbilanz, mit 5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bzw. 10% des BIP ist es ein Hinweis auf das ungesunde Wachstum der Meciar-Zeit, soll jeweils halbiert werden. Zur Erreichung dieser Ziele wird eine restriktive Wirtschaftspolitik gefahren (u.a. Kürzung öffentlicher Investitionen, Senkung der privaten Nachfrage, Stabilisierung des Wechselkurses). Dieses Sparprogramm ist

unpopulär, seine Auswirkungen auf die einkommensschwächsten Bevölkerungsteile sollen von der Regierung kompensiert werden. Es lassen sich heute zwar erste Erfolge auf diesem komplizierten Kurs erkennen, ob diese Politik jedoch vollständig gelingt, wird erst die Zukunft zeigen.

Dies gilt insbesondere, da die Regierung vor einer weiteren dringenden Aufgabe steht, die sehr wichtig für die Annäherung an die EU ist, nämlich die Schaffung einer institutionellen Basis für eine funktionsfähige Marktwirtschaft (u.a. Konkursgesetz, Einkommensteuergesetz, Unternehmensgesetz, Gesetz über Gewerbefreiheit, Gesetz zur Bekämpfung von Korruption und Kriminalität). In diesem Zusammenhang benötigt die Regierung Zeit, denn radikale Änderungen dieser Art, wenn sie dauerhaft erfolgreich sein sollen, sind in kurzer Frist nicht durchzusetzen.

Die erforderliche Restrukturierung des Unternehmenssektors könnte durch einen verstärkten Zustrom ausländischer Investitionen erleichtert und beschleunigt werden. Zum 1. Januar 2000 sollen neue Regelungen zur Erleichterung von Auslandsinvestitionen beschlossen werden. Hier lauten die Stichwörter: stabiler Rechtsrahmen und höhere Rechtssicherheit, Transparenz der Entscheidungsprozesse, Abbau des administrativen und bürokratischen Aufwands. Ausländische Investitionen sollten nicht allein auf das verarbeitende Gewerbe beschränkt bleiben. Auch Investitionen im Infrastrukturbereich, so jedenfalls die deutschen Erfahrungen, können gesamtwirtschaftlich sehr vorteilhaft sein, zumal dann, wenn sie mit privatem Kapital aus inländischen Quellen gekoppelt werden.

Auslandsinvestitionen sollten darüber hinaus auch als ein Vehikel zum Auf- und Ausbau der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) genutzt werden. Die Förderung des KMU-Sektors, er bekommt in der Slowakei eine zunehmend wichtigere regional- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung, betrachtet die Regierung als eine Schlüsselaufgabe. Die KMU haben gegenwärtig in der Slowakei einen schweren Stand (hohe Verschuldung, unzureichende Kapitalkraft, fehlender Zugang zu den Kreditmärkten, fehlende steuerliche Unterstützung). Die slowakischen KMU sollten sich – allein aus geographischen Gründen – um eine Zusammenarbeit mit deutschen KMU bemühen. Hier besteht ein ungenutztes Reservoir für eine

engere Kapitalverflechtung. In Deutschland gibt es Mittelstandsprogramme, durch die das Auslandsengagement von KMU finanziell unterstützt wird (GED, KfW). Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) kann hier eine positive Rolle spielen.

Es gibt einen weiteren Ansatz der Regierung, die slowakische Wirtschaft für das Ausland attraktiver zu machen, nämlich die neue Privatisierungspolitik. Alle bisherigen Privatisierungsprojekte der Meciar-Regierung sollen wegen der fehlenden Transparenz der getroffenen Entscheidungen überprüft, das Privatisierungsverbot dieser Regierung in sog. strategischen Wirtschaftssektoren (Banken, Energie) aufgehoben werden. Die neue Regierung hat die Privatisierung von Telekom, Banken, und Energieunternehmen (ausgenommen natürliche Monopole) grundsätzlich freigestellt. Alle technischen Einzelheiten werden in einem neuen Privatisierungsgesetz enthalten sein, das auch auf die besten internationalen Erfahrungen zurückgreifen soll. Bei Banken ist eine Privatisierung unter Beteiligung ausländischer Investoren allerdings erst nach ihrer Sanierung geplant.

Ein strategisches Ziel der slowakischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik ist die EU-Vollmitgliedschaft. Die Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt setzt eine vollständige Öffnung der Märkte voraus, einschließlich der Energie- und der Finanzmärkte. Außerdem müssen die Wirtschaftsprozesse weitgehend privatisiert und dereguliert sein. Um mit dieser Herausforderung fertig zu werden, muß die Wettbewerbsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft in ihrer ganzen Breite und Tiefe weiter gesteigert werden. Die Slowakei muß auch lernen, den *acquis communautaire* der EU, das heißt den gesamten rechtlichen Besitzstand, gleichsam in einer alltäglichen Anstrengung zu übernehmen. Deutschland will die Slowakei auf diesem mühsamen Weg im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen, weil dies für beide Partner ökonomisch vorteilhaft ist und weil dies politisch schubweise zu einem vereinten Europa führt.

Medien

Der Arbeitskreis „Medien“ wurde von den Vorsitzenden Freimut Duve, Beauftragter für Medienfreiheit der OSZE, und Pavol Mudry, Generaldirektor der Slowakischen Informations- und Presseagentur SITA, geleitet.

„Die Demokratie stirbt, wenn der Opponent als Feind empfunden wird, oder wenn es den Opponenten gar nicht gibt. Sie stirbt auch dann, wenn abweichende Meinung als Verrat dargestellt wird.“

Mit diesen Worten eröffnete Freimut Duve die Debatte im Arbeitskreis „Medien.“ Duve sprach von der „Angst vor Pluralismus“. Als Beispiel erwähnte er die Titelseite einer Zeitung im Kosovo, auf der das Foto eines Menschen abgebildet war, der einem Serben half und deswegen als Feind bezeichnet wurde.

Die Debatte hat deutlich gezeigt, daß diese Denkmodelle in der Slowakei nicht mehr so ausgeprägt sind, obwohl man einige postkommunistische Stereotypen im Denken und Handeln vieler Politiker und auch Journalisten noch finden kann.

Das Bild der Slowakei im Ausland braucht positive Impulse. Dazu gehört auch die Festigung der Demokratie. In diesem Zusammenhang ergeben sich nach Duve etliche Fragen: Was sind die alten Instrumente der Zensur in den postkommunistischen Ländern? Wer kontrolliert die Distribution der Printmedien? Ist der Import des Papiers zentralisiert? Ist die einzige moderne Druckerei im Lande zentralistisch verwaltet? Welche Rolle spielen die ausländischen Investoren im Bereich der Medien?

Bernd Kundrun, Vorstandsvorsitzender von Gruner & Jahr, Hamburg, meinte, daß „Größe auch politische Verantwortung bedeutet“. Der Verlag Gruner & Jahr gehört zu den größten Presse-Konzernen in Europa, ist in mehreren mitteleuropäischen Ländern präsent und gibt in der Slowakei die größte Tageszeitung NOVY CAS (Neue Zeit) heraus. Kundrun berichtete, wie einige slowakische Politiker versucht haben, die Zeitung unter Druck zu setzen, z.B. mit der Drohung, die Steuern drastisch zu erhöhen, falls die gewünschte Anpassung nicht erfolgt. Diese Erfahrung haben auch andere slowakische Journalisten in anderen Zusammenhängen gemacht. Die Botschaft von Gruner & Jahr: Der Verlag will durch seine Zeitung keine politische Einflußnahme in der Slowakei nehmen, er ist vielmehr am wirtschaftlichen Erfolg und an der Herstellung eines guten Presseprodukts interessiert.

In der Diskussion zu diesem Punkt wurde wiederholt festgestellt, daß man in fast allen Medien der Slowakei konkrete Interessen identifizieren kann, daß sie also nicht unabhängig und objektiv sind. Die Unabhängigkeit der Medien von politischen und ökonomischen Zwängen sei nur dort gewährleistet, wo es starke ausländische Eigentümer gibt, die nicht mehr an einer wie auch immer gearteten Privatisierung interessiert seien.

Milos Nemecek, Vorsitzender der Vereinigung der Herausgeber der Printmedien, stellte fest, daß der Zustand der Medien in der Slowakei von den Eigentümern abhängig sei. Als Beispiel nannte er die ostslowakischen Eisenhüttenwerke VSZ oder die Investitionsfonds, die als Eigentümer von Medien keine medialen, sondern nur macht-ökonomische Interessen haben könnten. Nemecek stellte auch fest, daß die elektronischen Medien in der Slowakei nicht öffentlich-rechtlich, sondern staatlich seien, weil sie vor allem vom staatlichen Geld lebten; nicht so in der Tschechischen Republik, die seit der Trennung von der Slowakei 1993 einen anderen Weg eingeschlagen habe.

In der Diskussion wurde die Meinung deutlich, daß die Medien in der Slowakei auch durch Werbung beeinflußt werden können. Einzelne Betriebe oder Firmen, die in der Meciar-Ära durch politische Anhänger der herrschenden Regierungspartei privatisiert wurden, annoncierten nicht

bei „Andersdenkenden“. So blieb das Geld für oppositionelle Printmedien oft aus. Diese Tendenzen sind insbesondere seit den letzten Wahlen wesentlich schwächer. Sowohl die privatisierten Firmen wie auch die Verleger der Printmedien suchen zunehmend den wirtschaftlichen Erfolg. Die politischen Interessen dieser Kreise scheinen allmählich abzunehmen. Die Werbung kommt vorrangig in diejenige Zeitung, die eine große Auflage hat, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung.

Marian Ostatnik, Direktor der Stiftung AZEN (Allianz für Ethik des Journalismus) meinte, daß die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Slowakei nicht nur durch persönliche Kontakte, sondern in erster Linie durch Institutionen gestaltet werden sollte. Er bemängelte das Fehlen eines Presserates in der Slowakei, der sich mit der Ethik, das heißt der Professionalität der Journalisten beschäftigt. Die deutschen Erfahrungen auf diesem Felde hält Ostatnik für nachahmenswert.

Susanne Bangha machte auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den Medien Tschechiens und der Slowakei seit der Wende aufmerksam. Während in der Meciar-Ära die meisten Printmedien in der Slowakei laut Bangha sehr kritisch waren, blieben in Tschechien die meisten Zeitungen in der Klaus-Ära auffällig regierungskonform. Demgegenüber waren die öffentlich-rechtlichen elektronischen Medien der Slowakei völlig regierungshörig. Ihre These: Eine deutsch-slowakische Zusammenarbeit im Bereich Medien sei nur möglich, wenn das Interesse aneinander vorhanden sei. Hier gäbe es große Defizite: Das Interesse der deutschen Öffentlichkeit – und damit auch der Medien – sei gering, in den alten Bundesländern fast gleich Null. Aber auch das Interesse der Slowakei an Deutschland sei beschränkt, da die Slowakei sich vorrangig nach Österreich orientiere. Die Deutsche Welle (DW) bietet in ihrem Fortbildungszentrum Seminare und Schulungen für Journalisten an, die von der slowakischen Seite kaum genutzt werden. Eine deutsch-slowakische Zusammenarbeit sei in allen vier Bereichen, d.h. Radio, Fernsehen, Printmedien und Internet zu intensivieren. Als Beispiel im Bereich Hörfunk gilt das Rebroadcasting, also die Übernahme des slowakischen Programms der DW oder seiner Teile durch slowakische

Privatsender, neuerdings sogar durch den öffentlich-rechtlichen Slowakischen Rundfunk. Die Absicht der Geschäftsleitung der Deutschen Welle, unter anderen auch die Slowakische Sendung einzustellen, wurde als nicht zeitgemäß kritisiert.

Schlußfolgerungen:

- Die bilateralen Kontakte sollten auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Medien intensiviert werden.
- Die mediale Präsenz sollte verstärkt, Berichte und Reportagen sollten konkreten Partnern angeboten werden.
- Die Angebote an Weiterbildungsmaßnahmen in Deutschland sollten genutzt, eigene Angebote für deutsche Journalisten unterbreitet werden.
- Der Bratislavaer Dialog sollte fortgesetzt werden, z.B. auf einer gemeinsamen Tagung der deutschen und slowakischen Sektion der Vereinigung europäischer Journalisten und aller interessierten Partner.
- Die Zusammenarbeit zum Thema Ethik der Journalisten sollte organisiert werden.
- Die Erfahrungen dieser Konferenz über Medien sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- Im Anschluß an diese Konferenz sollten auch Kontaktadressen potentieller Diskussionspartner veröffentlicht werden.

Finanzen und Bankwesen

Der vom Gouverneur der Nationalbank der Slowakei Marián Jusko geleitete Arbeitskreis „Finanzen und Bankwesen“ kam zu folgenden Aussagen und Ergebnissen:

Die Schaffung gesetzlicher, institutioneller und finanzieller Rahmenbedingungen ist die Voraussetzung für eine prosperierende Volkswirtschaft. Da die europäische Integration ein vorrangiges Ziel der slowakischen Politik ist, ist die Beschleunigung der Harmonisierung der Rechtsvorschriften natürlich auch im Finanz- und Bankensektor mit einer der Hauptaufgaben der Nationalbank.

1. *Europäische Integration, Angleichung an den acquis communautaire der EU und Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit*

- Die europäische Integration ist eines der wichtigsten Ziele der Slowakischen Republik und natürlich auch des Finanz- und Bankensektors.
- Deutschland ist der wichtigste Handels- und Investitionspartner der Slowakei:

Der Anteil des Außenhandels mit der EU am Gesamthandel der Slowakei wuchs beständig seit Beginn der Transformation.

Der Hauptwirtschaftspartner der Slowakei ist Deutschland (28% der Gesamtexporte und 27% der Gesamtimporte).

Erfolgreiche ausländische Direktinvestitionen aus Deutschland gibt es in der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, der Tabak-industrie, der chemischen Industrie sowie dem Großhandel. Gute Erfahrungen deutscher Finanzunternehmen, die sich in der Slowakei angesiedelt haben (Prvá stavebná sporiteľňa, a.s., VÚB Wüstenrot, Hypo Vereinsbank), sind eine Ermutigung für andere deutsche Investoren. Der Gouverneur der Slowakischen Nationalbank fordert die deutschen Banken auf, sich am Privatisierungsprozeß zu beteiligen.

- Damit die Slowakei einen vergleichbaren Anteil an ausländischen Direktinvestitionen wie Ungarn, Tschechien und Polen erhält, ist es notwendig, gesetzliche, institutionelle und ökonomische Rahmenbedingungen zu schaffen und zu verbessern, als Basis für sozioökonomische Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit von Makro- und Mikroökonomie und um die Attraktivität für Auslandsdirektinvestitionen zu erhöhen. Die Fähigkeit eines Landes, mobile internationale Produktionsfaktoren anzuziehen, ist schließlich auch ein Maß für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Nicht-EU-Mitgliedschaft der Slowakei und die hoffentlich nur mehr kurze Zeit bestehende Ausgrenzung aus der Gruppe 1 der Mitgliedschaftsanwärter ist dabei ein großer Hemmschuh für ausländische Investoren, die natürlich den ungehinderten Zutritt zum europäischen Binnenmarkt suchen.
- Im Sinne der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Finanzdienstleistungssektors in der Slowakei wurde die Harmonisierung der Banklegislative vorangetrieben, und ein umfassendes Restrukturierungsprogramm der Staatsbanken der Slowakei wurde Bestandteil des Regierungsprogrammes:

Das Nationalbankgesetz der Slowakei wurde in Anlehnung an das Bundesbankgesetz entwickelt und ist deswegen nahezu kompatibel mit der EU-Legislative (einzige Ausnahme ist die Abwicklung des Staatsbudgets über die Zentralbank).

In der letzten Novelle des Bankengesetzes wurden die Bankaufsichtskompetenzen und die Transparenz der Kommerzbanken erhöht. Die Harmonisierung der geldpolitischen Instrumente wird fortgesetzt.

Die Privatisierung und Restrukturierung der Staatsbanken (IRB, VÚB, Slovenská sporiteľňa, Banka Slovakia) ist ein Kernelement im Regierungsprogramm der Slowakischen Republik und bedeutet eine Angleichung an den *acquis communautaire* der EU. Die Privatisierung kann nur nach gleichzeitiger Erfüllung folgender Bedingungen durchgeführt werden:

1. Bedingung: Eigenkapitalangemessenheit mindestens 8%.
2. Bedingung: Vor der Privatisierung müssen die Banken ihre uneinbringlichen Darlehen am Gesamtportfolio auf unter 20% reduzieren.

Zugleich muß das Konkursrecht novelliert werden, um effektiver zu werden (Zivilprozeßordnung).

- Zur Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe wurde die Slovenská záručná banka mit der Entwicklung und Durchführung eines Wirtschaftsförderungsprogrammes beauftragt. Die Slovenská záručná banka stellt für Klein- und Mittelbetriebe Darlehen mittlerer Laufzeit von 8-10 Jahren und 13,5% Zinsen zur Verfügung.

2. Notwendige Gesetzesanpassungen für die Entstehung eines Kapitalmarktes und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit

- Reform des Grundbuchrechtes und seiner Verwaltung:

Die Bedeutung des Immobilienvermögens und seine Stabilität machen es zur breitesten und sichersten Grundlage des Kreditgewerbes. Für die Entwicklung eines Kapitalmarktes zur Wohnbaufinanzierung müssen im Grundbuch die getrennten Eigentumstitel für Grundstück und Gebäude aufgehoben werden. In Zukunft sollte dem

Grundstückseigentümer alles gehören, was auf dem Grundstück steht. Die getrennten Eigentumstitel haben zur Folge, daß unbebaute Baugrundstücke von den Darlehensgebern als Sicherheit nicht angenommen werden können.

- Streichung der Stellung einer Ersatzwohnung im Falle einer Exekution im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch

- Novellierung der Zivilprozeßordnung – Exekutionsverfahren:

Der Erhalt eines Exekutionstitels darf nicht vom Ermessen eines Richters abhängig sein. Die gesamte Wirtschaft, nicht nur die Kreditwirtschaft, braucht hier einen direkten Zugriff und klare Regelungen.

- Bauträgersgesetz:

Anzahlungen von künftigen Wohnungseigentümern oder Bauträgergesellschaften müssen vom Gesetzgeber besonders geschützt werden, damit im Falle eines Konkurses des Investors der Bürger nicht seine investierten Mittel verliert. Unnötige Bauverzögerungen müssen durch ein solches Gesetz gleichfalls abgedeckt sein. So muß z. B. der Bau von Eigentumswohnungen durch eine Bankgarantie des Investors gedeckt sein, um die Interessen der künftigen Eigentümer zu schützen. Frankreich, Österreich und Deutschland haben ein sehr gutes Bauträgersgesetz. Die Zielsetzung eines Bauträgersgesetzes ist es, die Investitionen physischer Personen durch strengere Aufsicht der Bauträger zu schützen, ähnlich wie die Situation bei den Banken, die von allen Bankaufsichtsbehörden international streng kontrolliert werden.

- Schaffung von standardisierten Leistungsverzeichnissen für alle Gewerke der Bauwirtschaft:

Schaffung von standardisierten Leistungsverzeichnissen für alle Gewerke in der Bauwirtschaft. Ohne solche Standard-Leistungsverzeichnisse sind ordentliche Ausschreibungen und Auswertungen der Ausschreibungen inkl. korrekter Vergabe nicht möglich.

Marián Minaroviè / Wilhelm Kulke

Öffentliche Verwaltung und Umwelt

Der vom Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für Umwelt und Naturschutz Ladislav Ambroš und vom Bürgermeister der Stadt Halberstadt Hans-Georg Busch als Vorsitzende geleitete Arbeitskreis „Öffentliche Verwaltung und Umwelt“ befaßte sich mit dem System der öffentlichen Verwaltung, dem Zustand der Umwelt und den Zusammenhängen zwischen diesen beiden Bereichen.

1. *Der Zustand des Landes und der Gesellschaft vor dem Jahr 1990*

Die Slowakei hat als kleines Land im Herzen Europas in den vergangenen hundert Jahren außer zwei vernichtenden Kriegen die Epoche der „sozialistischen Entwicklung“ erlebt, die in zwei Etappen im Zeitraum der letzten 50 Jahre verlief. Die erste Etappe der sozialistischen Epoche der Slowakei war die Zeit der „wilden Industrialisierung“ und der „Kollektivierung“, die zweite Etappe war die „wilde Urbanisierung“ und die „Industrialisierung der Landwirtschaft“ oder die sogenannte „Annäherung von Dorf und Stadt“. Diese Prozesse ergänzten die „Ideologisierung des Lebens der Gesellschaft“, die geprägt war vom anweisenden zentralistischen Lenkungssystem mit Ausschluß jeglicher Individualität und Originalität des Menschen und der Umwelt, in der er lebte. Bewußt wurde das Prinzip der historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontinuität verwischt.

2. Grundlegende Ausgangspunkte der revolutionären Veränderungen

Bereits vor der Novemberrevolution im Jahre 1989 reagierten Gruppen Intellektueller und bürgerliche Aktivisten auf die sich vertiefende Zerstörung des Landes und der Gesellschaft, und trotz der politischen Verfolgung durch das totalitäre Regime entwickelte sich eine Bewegung zum Schutz und zur Erneuerung der Umwelt und des Kulturerbes. Eines der Hauptanliegen, welche die Opponenten des damaligen Regimes bewegte, war die Frage, was die Ursache für die Passivität der Bevölkerung ist und welche die Hauptgründe für den Zustand des Landes und der Gesellschaft sind.

Das Hauptziel der revolutionären Veränderungen auf diesem Gebiet - die Erneuerung und die dauerhafte Erhaltung der gegenseitigen Harmonie zwischen Mensch und Umwelt, die er gleichzeitig nutzt und verwaltet - ist eine Vision, zu deren Verwirklichung es notwendig ist, viele Transformationsschritte zu unternehmen.

Die grundlegenden Ausgangspunkte für diese Transformationsschritte sind:

- Das Recht, sich mit den nationalen, kulturellen, gesellschaftlichen und geistigen Traditionen zu identifizieren.
- Das Recht auf eine gesunde Umwelt und auf gleichwertige Lebensbedingungen.
- Das Recht, an der Verwaltung der Sachen der Öffentlichkeit teilzuhaben.

3. Entwicklung in den Jahren 1990 – 1992

Seit dem Jahre 1990 wurden schrittweise alle deklarierten Ziele in Form der oben genannten Schritte realisiert. Nach und nach wurden die Grundlagen einer demokratischen parlamentarischen Gesellschaft und der Marktwirtschaft geschaffen. Es erfolgte die Reform der öffentlichen Verwaltung im Geiste der genannten Ziele, und im Leben der Gesellschaft

begannen sich die Ideale des Schutzes und der Erneuerung der Umwelt, des Kulturerbes und einer dauerhaften Entwicklung durchzusetzen.

Die Selbstverwaltung der Orte und Gemeinden wurde erneuert, und es wurden die ersten damit zusammenhängenden Gesetze beschlossen. Gleichzeitig verlief der Prozeß der Vorbereitung weiterer Rechtsnormen, die ein komplexes System der Finanzierung der öffentlichen Verwaltung etablieren sollten, das die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit der örtlichen und zukünftigen regionalen Selbstverwaltung stärken, die Bedingungen für die örtliche und regionale Entwicklung auf dem Prinzip einer dauerhaften Entwicklung schaffen und die Mitarbeit der regionalen Selbstverwaltungen bei einer wirksamen, regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ermöglichen würde. Das Ergebnis dieser Prozesse sollte die Eingliederung der Slowakei in die europäischen Strukturen und die natürliche Erhöhung der Lebensqualität für die Bevölkerung sein.

4. *Entwicklung in den Jahren 1993 – 1998*

Seit dem Jahre 1993 stagnierten alle angeführten Prozesse, bzw. sie schlugen den Weg der Machtkonzentration in einem Zentrum ein. Das Ergebnis dieser retroaktiven Prozesse ist die Vertiefung vieler negativer Erscheinungen aus der Zeit vor dem Jahre 1989 sowie auch die Verschlechterung der internationalen Position der Slowakischen Republik.

Träger der ursprünglichen Ideale der Transformation der Gesellschaft waren auch in diesem Zeitraum die zuvor geschaffenen örtlichen und regionalen Selbstverwaltungen und der dritte Sektor, dessen Fundamente im Zeitraum der Jahre 1990-1992 geschaffen wurden. Es war dies die Basis, die die demokratischen Kräfte und die politischen Akteure in ihrem Bemühen um eine Änderung der Regierung und im Leben der Gesellschaft stärkte.

5. *Entwicklung seit dem Jahre 1998*

Das Ergebnis der vereinten Bemühungen der Selbstverwaltungen, des dritten Sektors und der demokratischen politischen Akteure war die

Veränderung der Regierung auf der Grundlage der September-Wahlen des slowakischen Parlamentes und der Kommunalwahlen im November 1998. Die neue Regierung bekannte sich in ihrer Programmklärung zur Fortsetzung der Reformprozesse, die im Jahre 1993 unterbrochen worden waren.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation unternahm die Regierung Schritte zur Fortsetzung der Systemreform der öffentlichen Verwaltung. Im Einklang mit dem Fortschreiten der Reform entwickelte sie eine weiterführende Strategie und bereitet die Konzeption der Regional- und Gebietsentwicklung der Slowakischen Republik vor. Die Slowakei schafft schrittweise die internen legislativen und wirtschaftlichen Bedingungen für den Eintritt in die europäischen Strukturen. Diese Trends spiegeln sich auch in der aktiven Außenpolitik wider. Die Slowakei trat der Europäischen Charta der Örtlichen Selbstverwaltung und der Vereinbarung über die Grenzenüberschreitende Zusammenarbeit einschließlich der Unterzeichnung des Anhangs Nr. 1 und Nr. 2 bei, was eine schrittweise Aktivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einschließlich der Formierung von Euroregionen ermöglicht sowie eine aktive Beteiligung an der zwischenregionalen Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Westeuropas.

Dies sind die Ausgangspunkte, die die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Länder und konkret auch der einzelnen Städte und Regionen in der Slowakischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig sowie insbesondere nach dem Jahre 2001 definieren, wenn das Fundament des neuen Modells der Organisation und Finanzierung der öffentlichen Verwaltung in der Slowakei geschaffen sein wird und schrittweise das Programm der internationalen Zusammenarbeit auf dem Prinzip der dauerhaften Erhaltung und Kontinuität realisiert werden soll.

Das Grundpotential der deutsch-slowakischen Zusammenarbeit wurde trotz der ungünstigen Bedingungen im vergangenen Zeitraum dank der Initiativen der örtlichen Selbstverwaltungen geschaffen, die aktiv zwei- und mehrseitige Partnerbeziehungen aufbauten. Als Beispiel können

Städte und regionale Vereinigungen im Gebiet Zips, Gemer, Novohrad, aber auch in weiteren Regionen der Slowakei angeführt werden.

Die Regierungskoalition, die die Verantwortung für die Entwicklung in der Slowakei seit dem Oktober 1998 übernommen hat, steckte sich als eines der Hauptziele die Festigung der Demokratie in der Slowakei, die Stärkung der Selbstverwaltungsprinzipien und die Ermöglichung eines größeren Einflusses der Öffentlichkeit auf die Entwicklung im Staat. Eines der Instrumente, die die Realisierung dieser Ziele ermöglichen, ist die Dezentralisierung, die Neuverteilung der Macht im Staat zwischen dem örtlichen, regionalen und zentralen Niveau der öffentlichen Verwaltung, wobei alle drei Ebenen durch die Exekutive und gewählte Vertreter repräsentiert werden. Die Vertreter jedes Niveaus werden eine klar abgegrenzte Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben haben, die ihnen die Bürger anvertraut haben und für die sie bezahlt werden. Dadurch wird nicht nur die Definition der Verantwortung vor dem Bürger klarer und einfacher, sondern es werden auch die Bedingungen für die Vereinfachung und die bessere Übersicht über den Fluß der öffentlichen Finanzen und für neue Kontrollmöglichkeiten geschaffen.

Die Regierung der Slowakischen Republik betraute ihren Vorsitzenden damit, die Konzeption der Dezentralisierung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung in der Slowakei dem Nationalrat bis zum 28. Februar 2000 vorzulegen, und trug einzelnen Regierungsmitgliedern Aufgaben zur Erfüllung dieses Termins auf.

Im Falle der Übergabe der Verantwortung für den gesamten Umfang der Kompetenzen an die örtliche Selbstverwaltung ändern sich die Verhältnisse im Rahmen der Beteiligung der einzelnen öffentlichen Finanzhaushalte deutlich, und die örtliche Selbstverwaltung sollte einen 50%-igen Anteil an den Einnahmen des Staatshaushaltes und der örtlichen Haushalte der Selbstverwaltung haben (heute sind es nur 12%).

Zum Abschluß seien die wichtigsten Empfehlungen aus der Diskussion über Umweltfragen angeführt:

- Transformation öffentlicher Unternehmen auf kommunaler Ebene, die zu diesem Zweck selbständige Vereinigungen schaffen. In diesem

Zusammenhang werden die Erweiterung und der Transfer moderner Technologien auf dem Gebiet der Abwasserreinigung, der getrennten Sammlung und des Transportes von Kommunalabfall empfohlen.

- Unterstützung der Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit auch auf der Grundlage des Beispiels der Erfahrungen der Mikroregion Horehronie im Bereich der Bildung, der Aufklärung und der Verbreitung von Informationen.
- Erhöhung des Beschäftigungsgrades auf dem Land durch Investitionen in die Entwicklung des örtlichen Tourismus und des Schutzes des Kulturerbes.

Kultur, Bildung und Wissenschaft

Der Arbeitskreis „Kultur, Bildung und Wissenschaft“ wurde vom Präsidenten der Slowakischen Akademie der Wissenschaften Prof. Štefan Luby und vom Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Thüringen Hermann Ströbel geleitet.

1. Einleitung

Die mehr als fünfzig Teilnehmer des Arbeitskreises „Kultur, Bildung, Wissenschaft“, die ein breites Spektrum verschiedener Institutionen im Bereich Kultur, Wissenschaft und Bildung (Ministerien, Hochschulen, Kultur-, Bildungs-, und wissenschaftliche Institutionen, Selbstverwaltung, Nichtregierungsorganisationen usw.) repräsentiert haben, beschäftigten sich vorwiegend mit folgenden Fragen:

- Zusammenarbeit im Bereich Kultur zwischen der Slowakei und Deutschland und ihre Entwicklungsperspektive (auf der Staatsebene, auf der Ebene der Selbstverwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, Aufgabe und Stand der Gemeinschaften und Gesellschaften wie zum Beispiel die Deutsch-Tschechische und Slowakische Gesellschaft, die Deutsch-Slowakische Gesellschaft, der Karpatendeutsche Verband u.ä.).
- Die Zusammenarbeit der deutschen und slowakischen Institutionen im Bereich Wissenschaft, Bildung und Jugend (Universitäten, Hochschulen, Slowakische Akademie der Wissenschaften, Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften, Slowakische Rektorenkonferenz, Deutsche Hochschulrektorenkonferenz, Deutscher Akade-

mischer Austauschdienst (DAAD), Slovak Academic Information Agency/Service Center for the Third Sector (SAIA-SCTS), Zentrum für Entwicklung, Wissenschaft und Technologien (SARC), Goethe Institut, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Institut, Alexander von Humboldt Stiftung, Äquivalenz von Dokumenten, Studentenmobilität, Finanzierung der einzelnen Aktivitäten, Slowakistik, Germanistik, Zusammenarbeit von Schulen).

- Die Möglichkeit der Zusammenarbeit von slowakischen und deutschen Institutionen im 5. Rahmenprogramm der Europäischen Union (Hochschulen und wissenschaftliche Arbeitsstellen).
- Die Zusammenarbeit von slowakischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen (Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen im Bereich Kultur, Bildung und Wissenschaft, Zusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen und Staatsorganisationen, Zusammenarbeit der Selbstverwaltung und Nichtregierungsorganisationen, Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen usw.).

Im Mittelpunkt zahlreicher Diskussionsbeiträge der deutschen und slowakischen Teilnehmer stand die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen. Wahrscheinlich hängt es damit zusammen, daß der Dritte Sektor in der Slowakei auch nach der Meinung von vielen Experten und von vielen diplomatischen und politischen Vertretern besser entwickelt ist und einen größeren Einfluß auf die Entwicklung der Bürgerpartizipation hat als in der Mehrheit der Länder Mittel- und Osteuropas. Nach den Meinungsumfragen in der Slowakei haben die Nichtregierungsorganisationen auch in den Augen der Öffentlichkeit einen großen Kredit vor allem dank der verdienstvollen gemeinnützigen Arbeit und Durchsetzung von demokratischen Werten wie Dezentralisation und Transparenz.

Ol'ga Šubeníková von der SAIA-SCTS hat die Diskussion genutzt, um über die erste deutsch-slowakische Konferenz der Nichtregierungsorganisationen „Europäische Integration - Perspektiven der Zusammenarbeit der slowakisch-deutschen Nichtregierungsorganisationen“, die am 25. und 26. Juni 1999 in Bonn stattgefunden hat, zu informieren. 70 Teilnehmer

(Vertreter von slowakischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen, Ministerien und Parlament) hatten die Aufgabe, nach Möglichkeiten und Wegen zur Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit der slowakischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten zu suchen. Der Konferenzbericht wird in diesem Jahr gedruckt.

Die SAIA-SCTS in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bratislava bereitet für den 18. und 19. Oktober 1999 ein Seminar zum Thema „Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen in der Slowakei“ vor. Es wurden Vertreter von Ministerien und Nichtregierungsorganisationen zu diesem Seminar eingeladen. Ziel des Seminars ist es, Empfehlungen über die Möglichkeiten der Finanzierung der slowakischen Nichtregierungsorganisationen aus öffentlichen Mitteln, durch direkte Formen (Grants, Subventionen, Kontrakte) und auch indirekte Maßnahmen (Änderung der Steuergesetze) auszuarbeiten.

2. Zusammenarbeit im Bereich Kultur

Die Zusammenarbeit im Bereich Kultur hat eine langjährige Tradition. Sie verläuft auf verschiedenen Ebenen. Den Rahmen für kulturelle Kontakte bildet das Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, das am 1. Mai 1997 in Bratislava auf der Ebene der Außenminister unterzeichnet wurde. Einen weiteren Rahmen für die Zusammenarbeit stellen auch die Abkommen mit zwei deutschen Bundesländern, und zwar mit dem Freistaat Bayern und mit Baden-Württemberg, dar. Diese Abkommen schaffen Raum für die Anknüpfung und Erweiterung der Kooperation im Bereich Kultur auf allen Ebenen, das heißt, zwischen den Gemeinden, Städten, auf der Ebene von Regionen, zwischen verschiedenen Kulturinstitutionen, Gemeinschaften, Verbänden und Einzelpersonen.

Beschlüsse:

- Weiterhin Raum für die Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich Kultur auf allen Ebenen (Staatliche Einrichtungen sowie Selbst-

- verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, einzelne bürgerliche Aktivitäten) zu schaffen.
- Raum für die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und slowakischen Städten zu schaffen.
 - Eine Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich von kulturellen Kontakten mit den anderen Bundesländern (neben der bereits existierenden mit Bayern und Baden-Württemberg) zu initiieren.
 - Tätigkeiten und Aktivitäten der Deutsch-Tschechischen und Slowakischen Gesellschaft mit Sitz in Köln und der Deutsch-Slowakischen Gesellschaft in Berlin, sowie der Karpatendeutschen Vereine in Deutschland und auch in der Slowakei zu fördern.
 - Die Möglichkeit der Eröffnung von slowakischen Kulturinstituten in Deutschland zu erwägen.
 - Mehr Aufmerksamkeit dem kulturellen Erbe und den Bibliotheken zu widmen.
 - Bedingungen für die Übersetzungen deutscher Autoren ins Slowakische und von slowakischen Autoren ins Deutsche zu schaffen. Gemeinsame Leseveranstaltungen von deutschen und slowakischen Autoren in Deutschland und in der Slowakei zu organisieren.

3. *Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Wissenschaft*

Deutschland gehört zu denjenigen Ländern, die gleich nach dem Jahre 1990 die Bereitwilligkeit gezeigt haben, trotz der eigenen Probleme, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands zusammenhängen, bei der Entwicklung der Bildung und Wissenschaft in der Slowakei zu helfen. Dies berührte alle Bereiche, insbesondere die Vorbereitung des neuen Hochschulgesetzes, die Regelung der Wissenschaft, die Methoden des Fremdsprachenunterrichts, die ökonomischen und gesellschaftlichen Disziplinen, die Lehrerausbildung für alle Schulstufen, die Diversifikation der Hochschulbildung, die Finanzierung der Hochschulen und der

Wissenschaft, die Anerkennung von Bildungsdokumenten, die Distanzbildung, die Studentenmobilität, die Herausgabe von Lehrbüchern für alle Schultypen sowie die Fragen der Berufsbildung.

Deutschland ermöglichte Hunderten von Studenten, jungen Forschern und Wissenschaftlern aus der Slowakei Studien-, Forschungs- und andere wissenschaftliche Aufenthalte an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten sowie die Teilnahme an Sprachkursen. Die Mehrheit dieser Aufenthalte wird von deutschen Staatsinstitutionen sowie auch von deutschen Nichtregierungsorganisationen unterstützt. So förderte zum Beispiel der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) in den letzten zehn Jahren 3417 Personen aus der Slowakei im Rahmen von Studien-, Forschungs-, Wissenschaftsaufenthalten, Sprachkursen und Exkursionen. Gegenwärtig werden vom DAAD 74 Partnerschaften von slowakischen und deutschen Hochschulen finanziell gefördert.

Im Bereich der Schulkontakte ist die Tätigkeit der bilingualen slowakisch-deutschen Sektion am Gymnasium Poprad zu erwähnen, die im Schuljahr 1991/1992 eröffnet wurde. Elf slowakische Gymnasien haben die Genehmigung, das Sprachdiplom Stufe II zu erteilen. An slowakischen Hauptschulen und Mittelschulen unterrichten 33 Lehrer aus Deutschland und an den Universitäten sind 16 Dozenten der deutschen Sprache tätig.

Seit dem Jahr 1998 werden in Deutschland die slowakischen Abiturzeugnisse der Gymnasialabsolventen anerkannt, was einen direkten und problemlosen Zugang der slowakischen Studenten zu den deutschen Universitäten ermöglicht.

Im Bereich Wissenschaft besteht, wie es die Analysen zeigen, die intensivste Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Projekte mit den G7 Ländern gerade mit Deutschland. Auch dank der entwickelten wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit Deutschland sind slowakische wissenschaftliche Arbeitsstellen fähig, das Niveau zu erreichen, das es ihnen ermöglicht, in internationale Projekte einzusteigen. Ohne die beiderseitige Kooperation der slowakischen und deutschen Arbeitsstellen würde die Grund- und angewandte Forschung in der Slowakei das heutige Niveau nicht erreichen. Eine bedeutende

Aufgabe spielt hier die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Alexander von Humboldt Stiftung.

Beschlüsse:

- Weiterhin Bedingungen für die Intensivierung der Kooperation der slowakischen und deutschen Grund-, Mittel- und Hochschulen sowie anderer Bildungsinstitutionen zu schaffen.
- Bedingungen für die Tätigkeit der Dozenten der slowakischen Sprache und Literatur in Deutschland und der deutschen Sprache und Literatur in der Slowakei zu schaffen.
- Weiterhin den Unterricht der deutschen Sprache an slowakischen Schulen zu fördern.
- Die Vorbereitung für die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Slowakischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Tätigkeit der deutschen Lehrer in der Slowakischen Republik zu intensivieren.
- Bedingungen für die Entwicklung der Slowakistik als Fachbereich an der Universität Regensburg zu schaffen.
- Die „Slowakischen Tage“ in Thüringen zu organisieren.
- Bedingungen für die Intensivierung der Kooperation der slowakischen und deutschen wissenschaftlichen Stellen zu schaffen. Seitens der Slowakei handelt es sich um die Zusammenarbeit der Slowakischen Akademie der Wissenschaften mit den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, mit der Fraunhofer-Gesellschaft, den deutschen Universitäten und Großforschungseinrichtungen und mit Institutionen wie DESY Hamburg und GIS Darmstadt.
- Die wissenschaftliche Kooperation im Bereich des 5. Rahmenprogramms (Beteiligung slowakischer und deutscher Forschungsstellen und Organisationen an gemeinsamen Projekten) zu intensivieren.

Allgemein wurde festgestellt, daß die Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Deutschland weit vorangeschritten ist. Es besteht eine

Vielzahl von gemeinsamen Programmen und Aktivitäten, die in den offiziellen Dokumenten nicht aufgeführt sind. Es wäre für beide Regierungen interessant, wenn es gelingen würde, eine Publikation über die gemeinsamen Programme und Aktivitäten der einzelnen slowakischen und deutschen Organisationen und Institutionen, Gemeinden, Städten und Regionen herauszugeben.

Autorenverzeichnis

Dr. Juraj Alner, Publizist, Vorstandsvorsitzender, Stiftung für Zivilgesellschaft, Chefredakteur a. D., Bratislava

Susanne Bangha, Leiterin, Slowakische Redaktion, Radio Deutsche Welle, Köln

Dipl. Ing. Arch. Peter Beðuška, Vorsitzender, Europahaus, Bratislava

Dr. Ludger Buerstedde, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Slowakischen Republik

Dipl. Ing. Mikuláš Dzurinda, Ministerpräsident der Slowakischen Republik

Wolfgang Ischinger, Staatssekretär, Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland

Dipl. Ing. Dr. Elena Kohútiková, Mitglied des Bankrates, Generaldirektorin der Währungssektion, Nationalbank der Slowakei

Wilhelm Kulke, Internationales Transferzentrum für Umwelttechnik, Leipzig

Dr. Heinrich Machowski, Deutsches Institut für Wirtschaft, Berlin

Dipl. Ing. Marián Minaroviè, Generalsekretär, Union der Städte und Gemeinden der Slowakischen Republik

Cornelius Ochmann, Direktor für Mittel- und Osteuropa, Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, Gütersloh

Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied, Prvá stavebná sporitel'na a.s. (Erste Bausparkasse AG), Bratislava

Autorenverzeichnis

Dr. Ivo Samson, Direktor, Slowakische Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bratislava

Prof. Dipl. Ing. Dr. Dr. h.c. Juraj Stern, Rektor, Wirtschaftsuniversität Bratislava

Dr. Ol'ga Šubeníková, Direktorin, Slowakische Akademische Informationsagentur, Bratislava

Dr. Marcus Wenig, Koordinator der Forschungsgruppe „Erweiterung der EU“, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

Eduard Žitòanský, Analyst und Publizist, Wochenzeitung für Wirtschaft „Trend“, Bratislava

Anhang



Grunddaten der Slowakischen Republik

1. *Geographische und politische Daten*

| | |
|--------------------------|--|
| Größe: | 49,030 m ² |
| Bevölkerung: | 5,3 Mio. Einwohner |
| Hauptstadt: | Bratislava (Pressburg) mit ca. 500.000 Einwohnern |
| Staatsgründung: | 1.1.1993 |
| Regierungsform: | Parlamentarische Demokratie |
| Staatsoberhaupt: | Rudolf Schuster |
| Regierungschef: | Mikulas Dzurinda (SDK) |
| Abgeordnetenhaus: | 150 Abgeordnete Vorsitzender: Josef Migas (SDL) |

2. *Geschichtliche Daten*

| | |
|------------------------|--|
| 6. bis 8. Jhd. n. Chr. | Entstehung slawischer „Großreiche“ (auf dem Gebiet der heutigen Slowakei) |
| 9. Jhd. | Großmährisches Reich, Slawenapostel Kyrill und Method Sieg der Magyaren bei Pressburg über Großmährisches Reich. Slowakei fällt an Ungarn - bis 1919. |
| 13. Jhd. | Bela IV holt nach der Tatarenverwüstung deutsche Siedler in die Slowakei |

Anhang

| | |
|-------------|---|
| 1437 | Das Haus Habsburg erheiratet die ungarische Königswürde |
| 1526 | Sieg der Türken bei Mohac über Ungarn, Pressburg wird Hauptstadt |
| 1783 | Rückverlegung der Hauptstadt nach Budapest |
| 19. Jhd. | Erwachen des slowakischen Nationalismus, Festlegung slowakischer Schriftsprache (Ludovít Štur) |
| seit 1867 | nach österreichisch-ungarischem Ausgleich starke Magyarisierung der Slowaken |
| 1918 - 1920 | Die Slowakei wird durch die Pariser Vorortverträge Teil der neugegründeten Tschechoslowakei |
| 1920 - 1938 | Tschechische Dominanz in der CSR und religiöse Gegensätze stärken den slowakischen Nationalismus Die ca. 150 000 Karpatendeutschen erhalten eine gewisse Kulturautonomie |
| 30.5.1938 | Münchener Abkommen |
| 14.3.1939 | Auf Druck Hitlers erklärt der slowakische Landtag die Selbständigkeit der Slowakischen Republik unter Präsident Tiso, der die Slowakei unter den „Schutz des Führers“ stellt. |
| 1940 | Beitritt der Slowakei zum Drei-Mächte-Pakt Teilnahme am Krieg gegen die UdSSR |
| 29.8.1944 | Slowakischer Nationalaufstand führt zu de-facto Austritt aus dem Drei-Mächte-Pakt |
| 1945 | Wiedereingliederung der Slowakei in die CSR |

| | |
|---------------|--|
| | Vertreibung der Karpatendeutschen soweit nicht bereits vorher evakuiert |
| 1968 | „Prager Frühling“ unter Führung des Slowaken Alexander Dubcek |
| Dezember 1989 | Staatspräsident Husak - ein Slowake - erklärt seinen Rücktritt Neuer Staatspräsident wird Vaclav Havel |
| 1992 | Das slowakische Parlament verabschiedet die Deklaration über die Souveränität der Slowakei; im föderalen Parlament wird die Auflösung der CSFR beschlossen |
| 1.1.1993 | Geburtsstunde der Slowakischen Republik |
| 1.4.1993 | Europa-Abkommen mit der EU (seit dem 1.1.1995 in Kraft) |

3. Die Slowakische Republik seit der Unabhängigkeit

Die Trennung verlief geordnet und friedlich. Bei der wirtschaftlichen Aufteilung wurde generell ein Schlüssel von 2 (CR) zu 1 (SK) angewandt.

Die seit dem 1.1.1993 unabhängige slowakische Republik hat mit vielen politischen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Vor dem Hintergrund ungünstiger Ausgangsbedingungen aus der kommunistischen Wirtschaftsmisere galt es, das demokratische politische System zu stabilisieren, die Institutionen des Staates auf- und auszubauen, Spannungen mit den nationalen Minderheiten - insbesondere mit den Ungarn - in der Slowakei zu dämpfen, sowie außenpolitisch sich den europäischen Strukturen (EU, OECD, NATO) anzunähern. Ein Problem des slowakischen Parlamentarismus ist die zersplitterte Parteienlandschaft. Die folgende Tabelle beschreibt die Entwicklung der Parteien und ihrer Wahlergebnisse 1992, 1994 und 1998.

4. Das slowakische Parteiensystem

| | Sitze | | | Prozent | | | 1992 |
|--|-------|-----------------|-------|---------|----------------------|--------|---------|
| | 1998 | 1994 | | 1998 | 1994 | | % |
| | neu | Alt | Diff. | neu | Alt | Diff. | |
| Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS - Mèciar) | 43 | 61 | - 18 | 27,0 | 34,96 | - 7,96 | 37,26 |
| Slowakische Demokratische Koalition (SDK, Džurinda), - KDH - DU - DS - SDSS - Grüne | 42 | DU 15 KDH 17 | + 10 | 26,33 | DU 8,57 KDH 10,08 | | KDH 8,8 |
| Partei der demokratischen Linken (SDL, Migaš) | 23 | 18 | + 5 | 14,66 | 10,41 | + 4,19 | 14,7 |
| Ungarische Koalition (SMK; Bugar) | 15 | 17 | - 2 | 9,12 | 10,18 | - 1,08 | 7,42 |
| Slowakische National-Partei (SNS, Zlota) | 14 | 9 | + 5 | 9,07 | 5,40 | + 3,6 | 7,93 |
| Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP, Schuster) | 13 | - | + 13 | 8,01 | - | + 8,1 | |
| Arbeiterpartei (ZRS, Luptak, 1992 SDL) | - | 12 | -12 | 1,3 | 7,34 | | |

Mèciar bildete 1994 eine Koalition aus HZDS - ZRS - SNS

Die Regierung Dzurinda besteht aus SDK, SDL, SMK und SOP

Die Regierung unter Ministerpräsident Dzurinda, seit Ende Oktober 1998 im Amt, verfolgt folgende Schwerpunkte:

- Integration in die euro-atlantischen Strukturen (EU, OECD, NATO) mit dem prioritären Ziel, dass der Europäische Rat Ende 1999 in Helsinki die Slowakei zu Verhandlungen über einen Beitritt zur EU einlädt.
- Wiederherstellung und Ausbau der rechtstaatlichen Strukturen.
- Wiedergesundung der Wirtschaft durch Verringerung der hohen Defizite des Haushaltes und der Leistungsbilanz.
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft.
- Öffnung für Auslandsinvestitionen und Restrukturierung der Wirtschaft, insbesondere des Bankensektors, Transparenz bei der weiteren Privatisierung.

- Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarn, insbesondere Ungarn und der Tschechischen Republik, Wiederbelebung der Visegrad Zusammenarbeit.

Die drastischen Maßnahmen der Regierung im Laufe des Jahres 1999 zur Halbierung der Defizite des Haushalts und der Handelsbilanz beginnen zu greifen.

5. Die deutsch-slowakischen Beziehungen

Die deutsch-slowakischen Beziehungen sind traditionell freundlich. Das Zwischenspiel des slowakischen Staates, unter Präsident Tiso von Hitlers Gnaden von 1939 - 1944 hat keine erkennbaren Narben hinterlassen. Grundlage der bilateralen Beziehungen sind der deutsch-tschechisch-slowakische Nachbarschaftsvertrag vom 9.7.1992, den die Slowakische Republik als Nachfolgestaat der CSSR anerkannt hat.

1998 gab es zwei Höhepunkte in den bilateralen Beziehungen: Am 10.3. wurde erstmalig ein slowakischer Ministerpräsident offiziell durch den Bundeskanzler in Bonn empfangen. Am 16.9. besuchte Bundespräsident Johannes Rau die Slowakei, der erste Besuch eines Bundespräsidenten nach dem Entstehen des neuen Staates.

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind eng. Deutschland ist der wichtigste Wirtschaftspartner, sowohl bei Importen als auch bei Exporten sowie bei Investitionen. Der Aufbau der Marktwirtschaft in der Slowakei wird durch das Transformprogramm der Bundesregierung gefördert.

Auf allen Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden, gibt es deutsch-slowakische Kontakte. Wichtige Abkommen betreffen Straßenverkehr, Werkvertragsarbeitnehmer, Gastarbeiter, Kultur, Umwelt und Kriegsgräber. Verhandlungen über Lehrerentsendungen und Schulen sind im Gange. Eine Brücke zwischen den Ländern bilden auch die ca. 10.000 Karpatendeutschen in der Slowakei sowie rund 30.000 slowakische Emigranten, die sich nach 1968 in Deutschland niedergelassen haben.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Slowakei sind eng. Es bestehen 16 Universitätspartnerschaften, Forschungsförderungsprogramme der DFG und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, ein DAAD-Stipendienprogramm mit ca. 80 Stipendien pro Jahr, viele Austauschprogramme des Akademischen Austauschdienstes, Kooperationen im Museums- und auf dem Musiksektor, sowie die Verwendung von Fernseh- und Rundfunkprogrammen. Eine Zweigstelle des Goethe-Instituts besteht seit 1990 in Pressburg. Der Schwerpunkt der deutschen Kulturarbeit ist die Förderung des Deutschunterrichts. Fast 40 Programmlehrer und Lektoren sind in der gesamten Slowakei als Dozenten, Fortbilder und Multiplikatoren tätig.

Die anliegenden Tabellen zeigen die Entwicklung der wichtigsten makroökonomischen Daten seit 1993 sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Datenblatt Slowakische Republik

| | 1997 | 1998 |
|---|---|--|
| Bevölkerung | 5.378.900 | 5.393.000 |
| Bevölkerungswachstum | 2,1 ‰ | 2,1 ‰ |
| Bevölkerungsdichte | 109/km ² | 109 km ² |
| Durchschnittliche Lebenserwartung | - Männer 66 Jahre - Frauen 75,5 Jahre | - - |
| Arbeitslosenquote | 12,5 % | 15,6 (Änderung der Methode gemäß (IAO)) |
| BIP zu Marktpreisen pro Kopf | 653,9 Mrd. SK 19,4 Mrd. \$ 3.617 \$ | 717,4 Mrd. SK 19,8 Mrd. \$ 3.776 \$ |
| BIP-Wachstum | 6,5 % | 4,4 % |
| Inflationsrate (Anstieg der Verbraucherpreise) | 6,4 % | 5,6 % |
| Staatshaushalt: Einnahmen Ausgaben Defizit | 180.826 Mrd. SK 217.825 Mrd. SK 37 Mrd. SK (einschl. Tilgung) | 177.835 Mrd. SK 197.036 Mrd. SK 19.201 Mrd. SK |
| Zahlungsbilanz | 53,7 Mio. \$ | - 549,9 Mio. \$ |
| Saldo Handelsbilanz | - 1.471,8 Mrd. \$ | - 2.295,5 Mrd. \$ |
| Exporte | 8.79 Mrd. \$+ 8,2% | 10.66 Mrd. \$+ 16% |
| Importe | 10,26 Mrd. \$+ 2,6 % | 12,96 Mrd. \$+ 16,4% |
| Saldo Leistungsbilanz | 1347 Mrd. \$ | - 2.059 Mrd. \$ |
| Saldo Kapitalbilanz | 16,65 Mrd. \$ | 1.782 Mrd. \$ |

Anhang

| | | |
|--|----------------------------------|----------------------------|
| Devisenreserven: Nationalbank | 3,285 Mrd. \$ (12.97) | 2.923 Mrd. \$ (12.98) |
| Geschäftsbanken | 3,205 Mrd. \$ | 3.034 Mrd. \$ |
| insgesamt | 6,490 Mrd. \$ | 5.957 Mrd. \$ |
| Außenverschuldung (Brutto) | 9,9 Mrd. \$ | 11,8 Mrd. \$ (= 58,5% BIP) |
| Pro-Kopf-Verschuldung | 2023 \$ | 2.209 \$ |
| Währungsparitäten | 1 \$ = 33,61 SK (12.97) | 36,9 (12.98) |
| | 1 DM = 19,41 SK | 22,0 |
| Bilaterale deutsch-slowakische Wirtschaftsbeziehungen | | |
| Handel (lt. Statistischem Bundesamt) | | |
| Umsatz | 8,74 Mrd. DM | 12.057 Mrd. DM (37,8%) |
| Importe aus BRD | 4,56 Mrd. DM (+ 24,1%) | 6.017 Mrd. DM (31,8%) |
| Exporte nach BRD | 4,18 Mrd. DM (+ 22,1%) | 6.040 Mrd. DM (+ 44,4%) |
| Saldo für BRD | + 383 Mio. DM | - 23,3 Mio. DM |
| Stellenwert (lt. Slowak. Statistischem Amt) | | |
| Anteil Exporte nach BRD an Gesamtexporten | 22,3 % (Platz 2 nach CR) | 28,9% (1. Platz vor CR) |
| Anteil Importe aus BRD an Gesamtimporten | 15,1 % (Platz 3 nach CR und RUS) | 25,9 % (1. Platz vor CR) |
| Deutsche Direktinvestitionen 31.12.1998: nach SK-Statistik | | ca. 320 Mio. DM |
| Stellenwert 1998: 1998 BRD mit 20,9 % seit 1998 größter Investor vor Ö (18,1), USA (13,4), GB (9,2%), CR (8,7%), F (6,5%) | | |
| Das deutsch-tschechoslowakische Abkommen zum Investitionsschutz (vom 2.10.1990) gilt weiter für die Slowakische Republik | | |
| Das deutsch-tschechoslowakische Abkommen zur Doppelbesteuerung (vom 19.12.19980) gilt weiter für die Slowakische Republik | | |
| Mittel für TRANSFORM-Programm: | 6 Mio. DM | 5 Mio. DM |

Anmerkung: Die Statistiken sind in den letzten Jahren häufiger an EU-, OECD- und IWF-Vorgaben angepaßt worden, so daß eine volle Vergleichbarkeit mit den Vorjahren nicht gegeben ist.

Makroökonomische Grunddaten der Slowakischen Republik 1993 - 1999

| | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 30.6. 1999 |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|-------------------------|--------------------------|
| BSP a) zu Marktpreisen Mrd. SK | 369,1 | 440 | 515,1 | 575 | 653,9 | 717,4 | 2,4 % |
| b) Veränderung in % | - 3,7 % | 4,9 % | 6,9 % | 6,6 % | 6,5 % | 4,4% | |
| c) per capita / \$ | 2.251 | 2.571 | 3.240 | 3.496 | 3.613 | 3,776 | |
| Anteil privater Sektor am BSP | 37,3 % | 53,3 % | 62,6 % | 76,8 % | 82,6 % | 82,4 % | 85 % |
| Arbeitslosigkeit (Jahresende) | 14,4 % | 14,8 % | 13,1 % | 12,8 % | 12,5 % | 15,6 (neue IAO-Methode) | 31.7.: 19,1 |
| Handelsbilanz in Mio. \$ | - 874,3 | 80 | - 191,5 | - 2.295,5 | - 1.471,8 | - 2.292 | 31.8.: - 740 |
| in % des BIP | | | 2,2 | - 11,2 | - 10,1 | - 10,1 | |
| Leistungsbilanz in Mio. \$ | - 601 | 665 | 391,4 | - 1.940,8 | - 1.346,5 | - 2.059 | |
| Zahlungsbilanz in Mio. \$ | 54,9 | 1.290 | 1.579 | 237,1 | 53,7 | - 549,9 | |
| Währungsreserven der Nationalbank in Mio. \$ | 449,6 | 1.745 | 3.418,4 | 3.473,3 | 3.284,9 | 2.923,3 | 2.952 |
| durch Reserven gedeckte Importe (in Monaten) | 0,7 | 2,6 | 4,0 | 3,2 | 3,2 | 2,7 | |
| Öffentliche Verschuldung (Regierung, staatl. Fonds etc.) Mrd. SK | 100,5 | 108,5 | 116,1 | 129,3 | 156,9 | | 203 |
| in % des BIP | 27,3 % | 24,6 % | 22,5 % | 22,5 % | 24,0 % | | |
| Relation SK / \$ (Jahresende) SK / DM | 33,2 19,2 | 31,3 20,0 | 29,6 20,6 | 31,8 20,5 | 34,78 19,3 | 36,2 22,08 | 41,2 22,08 |
| Inflation (Jahresdurchschnitt) KPI | 23,2 % | 13,4 % | 9,9 % | 5,8 % | 6,1 % | 6,7 | 11-12 |
| Inflation (Jahresende) | 25,1 % | 11,7 % | 7,2 % | 5,3 % | 6,4 % | 5,6 | 13,6 |
| Defizit des Regierungshaushalts Mrd. SK | - 11 | - 1,7 | 4,1 | -7,6 | -11,7 | - 19,2 | 11,2 geplant: 15 |
| % vom BSP | - 3 % | - 0,4 % | 0,5 % | - 1,9 % | -2,6 % | - 2,6 % | - 1,8 |
| Fiskaldefizit Mrd. SK | 37,2 | - 6,8 | 12 | - 27 | - 30 | - 35,5 | 9,5 Schätzg.99: 40 |
| in % des BIP | 10 | - 1,5 | 2,3 | -1,7 | -4,4 | - 5,3 | 3-3,5% |

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-55-4



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>